



PROTOKOLL

DER 4. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 7. Juni 2007 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 22.15 Uhr
Präsenz	19 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident 4 Gemeinderäte (GR) Zentralverwalter Gemeindeschreiberin Rechnungsprüfungskommission (RPK) Aktuarin	
Vorsitz	ER-Präsident Rolf Forster (SVP)	
Entschuldigt	ER Nil Yilmaz (SP)	
Protokoll	Das Protokoll der 3. Sitzung vom 10. Mai 2007 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
Mitteilungen	Keine	
Neueingänge	- Kleine Anfrage Albert Gysin (SVP): Rheinfall-Panoramaweg und weitere Wege	
Offene Geschäfte	<ul style="list-style-type: none"> - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GSM/UMTS - Volksmotion: Mobilfunkantennen - Kleine Anfrage Felix Tenger (FDP): Benützung von Turnhallen-Kleingeräten im Schulhaus Gemeindewiesen - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Förderbeiträge für den Einsatz von Minergie-Standard oder erneuerbare Energie beim Bau oder Umbau von Wohnraum 	



- Traktandenliste**
1. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006
 2. Diskussion Interpellation Willi Josel (SVP) betreffend hohe Sozialkosten
 3. Bericht und Antrag betreffend Teilrevision der Verordnung für die Gemeindebeihilfe für Bezüger einer Kant. Ergänzungsleistung zur AHV- oder IV-Rente
 4. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Abwassergebühr
 5. Beantwortung Interpellation Walter Herrmann (FDP) betreffend "Was geschieht mit der Bauparzelle 334 und wie wird die Schutzwürdigkeit des Naturschutzgebietes Galgenbuck bei einer allfälligen Überbauung mit berücksichtigt?"

Die Traktandenliste wird genehmigt.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich begrüsse Sie und eröffne die 4. Sitzung in diesem Jahr.



TRAKTANDUM 1 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2006

GP Stephan Rawyler

Ich beantrage Ihnen, auf den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2006 einzutreten und den in der Rechnung auf Seite 3 gestellten Anträgen zuzustimmen.

Das Jahr 2006 weist eine Besonderheit auf, die vorab verdient erwähnt zu werden: Aus dem Anteil des Nationalbankgolds, welchen der Kanton Schaffhausen erhalten hat, hat die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ihrerseits Fr. 2,603 Mio. bekommen. Dieses Geld wurde vollumfänglich für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Diesem Vorgehen hat der Einwohnerrat mit dem Budget 2007 im November 2006 stillschweigend zugestimmt, indem er die Gewährung eines Steuerfussrabattes von einem Prozent für 2007 gebilligt hat. Diese Reduktion des Steuerfusses von 103 % auf 102 % war vor allem dank diesen zusätzlichen Abschreibungen möglich.

2006 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Verkauf einer grösseren Parzelle an der Schützenstrasse resp. am Birchweg zugestimmt, womit eine weitere einmalige, nicht budgetierte Einnahme von Fr. 2,137 Mio. realisiert werden konnte. Auch diese Summe wurde zum grössten Teil für zusätzliche Abschreibungen und Rückstellungen verwendet. Damit ergab sich ein Finanzierungsüberschuss von Fr. 2,329 Mio., was wohl seit vielen Jahren nicht mehr der Fall gewesen sein dürfte. Entsprechend verbesserten sich die Kennzahlen deutlich, was nicht nur vom Finanzreferenten sondern auch von unseren Geldgebern mit Interesse vermerkt wird.

Der Voranschlag 2006 sah noch ein Defizit von Fr. 80'700.— vor. Demgegenüber zeigt die Rechnung 2006 unter Berücksichtigung der erwähnten zusätzlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Ertragsüberschuss von Fr. 4,689 Mio. auf. Gegenüber dem Budget 2006 ist dies eine Verbesserung um Fr. 4,770 Mio. Dieser rekordverdächtige Ertragsüberschuss wurde wie folgt verwendet:

Zusätzliche Abschreibungen	Fr. 3,403 Mio.
Rückstellungen	<u>Fr. 1,050 Mio.</u>
Total	<u>Fr. 4,453 Mio.</u>



Diese zusätzlichen Abschreibungen und Rückstellungen werden die künftigen Rechnungen während zehn Jahren um jeweils wenigstens Fr. 360'000.— pro Jahr entlasten. Trotz der vom Kanton für 2008 vorgesehenen Steuerfussreduktion für juristische Personen ist damit die Basis für einen weiterhin gesunden Finanzhaushalt gelegt. Dies ist umso erfreulicher, als namentlich die Goldeinnahmen nicht für den laufenden Unterhalt, sondern gezielt für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden konnten.

Der effektiv ausgewiesene Gewinn beträgt Fr. 235'841.40. Dies ist gegenüber dem budgetierten Defizit von Fr. 80'700.— eine Verbesserung um Fr. 316'541.40. Dieser ausgewiesene Überschuss fliesst ins Eigenkapital, welches mit nun rund Fr. 3,866 Mio. eine respektable Höhe erreicht hat. Die im Finanzplan befürchteten Defizite könnten damit abgedeckt werden.

Die Steuereinnahmen entwickelten sich insbesondere aufgrund der Steuerleistungen der juristischen Personen um rund Fr. 585'000.— besser als 2005, berücksichtigt man die Auflösung einer Rückstellung von Fr. 300'000.— nicht. Dies ist einerseits auf die neu angesiedelten, aber auch auf die altangestammten Firmen zurückzuführen. Die gute Konjunktur schlägt sich hier nieder. Dass die Bäume aber nicht in den Himmel wachsen, zeigt der Ertrag der Quellensteuer, welcher leicht unterhalb des Budgets geblieben ist. Dennoch zeigt sich, wie wichtig die neuen Firmen für Neuhausen am Rheinfall heute sind.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Budget zurückgegangen, was auf die Konsolidierung der Werke zurückzuführen ist. Anders als noch im Budget vorgesehen, werden in der Rechnung keine theoretischen Personalkosten beim Gas- und beim Wasserwerk ausgewiesen, zumal diese beiden Neuhauser Werke effektiv kein Personal beschäftigen. Dafür ist der Sachaufwand massiv angestiegen, sind doch diese Kosten nun dort korrekt verbucht.

Aus dem Gas- und aus dem Wasserwerk resultierten gegenüber dem Budget Mehrererträge von zusammen Fr. 63'000.—. Während das Wasserwerk deutlich unter Budget blieb, konnte das Gaswerk seinen Ertrag steigern. Bei diesem zeigt sich aber eine konstante Reduktion der Marge, weshalb der Gemeinderat gut beraten ist, die Situation beim Gaswerk im Auge zu behalten. Namentlich die Bestrebungen auf Bundesebene, die Gasleitungen für Drittanbieter zu öffnen, würden sich in der Rechnung voraussichtlich deutlich niederschlagen.



Nicht zu befriedigen vermag die Situation bei der Abwasserreinigung, welche ein Defizit von Fr. 868'551.40 auswies, sowie bei der Entsorgung der Grünabfälle, die mit Fr. 279'454.23 die Rechnung belasteten. Es geht nicht an, dass die Bereiche, welche gemäss herrschender Lehre gestützt auf das Bundesrecht ausgeglichene Rechnungen aufzuweisen haben, über Jahre hinweg mit Steuermitteln subventioniert werden.

Weiterhin angestiegen sind die Nettokosten der Sozialhilfe, was vor allem auf einen spürbaren Rückgang der Zahlungen Dritter zurückzuführen ist. Die Anzahl Fälle ist 2006 erfreulicherweise zurückgegangen, beträgt aber immer noch das Doppelte der Fälle von 1990. Zu denken gibt, dass die Sozialhilfefälle trotz guter Konjunktur hartnäckig auf hohem Niveau verharren. Es kann einstweilen nur grob abgeschätzt werden, was bei einer deutlichen Abkühlung der Konjunkturlage passieren wird.

Beinahe verdoppelt haben sich gegenüber 2005 die Kosten der Spitex. Darin spiegelt sich die demographische Entwicklung der Neuhauser Bevölkerung und die Tendenz, bei Krankheit und Alter möglichst lange zu Hause zu bleiben, was verständlich und sinnvoll ist. Da die Krankenkassen aber Höchsttarife für die Leistungen der Spitex vorschreiben, welche nicht kostendeckend sind, entstehen hier der Gemeinde spürbare Mehrkosten. Zudem zweifeln die beiden Landeskirchen ihr Engagement in diesem Bereich immer mehr an, so dass nicht mehr allzu lange mit Beiträgen von diesen Institutionen gerechnet werden kann.

Die Rechnung der Alters- und Pflegeheime schliesst mit einem deutlichen Defizit ab. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass wegen des Baus des Alters- und Pflegeheims Rabenfluh die Ausgaben fast unverändert blieben, die Einnahmen aber unübersehbar zurückgingen.

Ebenfalls massiv zu Buche schlagen die Kostensteigerungen im Schulbereich, welche gegenüber 2005 um Fr. 910'000.— angestiegen sind. Dies ist vor allem auf die Lohnerhöhungen der Lehrerschaft zurückzuführen, welche der Kanton festlegt. Zudem ist auch ein höherer Sachaufwand festzustellen, der zumindest teilweise ebenfalls auf Vorgaben des Erziehungsdepartements zurückzuführen ist.



Die hohe Investitionstätigkeit widerspiegelt sich in der erhöhten Verschuldung, sprich Fremdmitteln von Fr. 40,5 Mio., bleibt aber dennoch klar unterhalb des im Finanzplan vorgesehenen Betrags. Weiterhin sehr hilfreich ist, dass die Zinsen nach wie vor überaus tief sind, so dass der Zinsfuss nun im Durchschnitt 3.21 % beträgt. Damit ist aber auch die Talsohle durchschritten, müssen doch für neue Darlehen bereits wieder leicht höhere Zinsen bezahlt werden. Die Nettolast pro Einwohner erhöhte sich um Fr. 234.— auf Fr. 2'999.—. Im Vergleich dazu hat sich die Steuerkraft nur um Fr. 68.— auf Fr. 2'949.— pro Einwohner erhöht.

Die Investitionen betragen 2006 Fr. 5,984 Mio., was gegenüber 2005 einer Reduktion um Fr. 0,5 Mio. entspricht. Das aktuelle Investitionsniveau ist nach wie vor sehr hoch und dürfte auf Dauer kaum tragbar sein. Dennoch müssen und können die erforderlichen Investitionen in den nächsten Jahren aber getätigt werden.

Der Kanton Schaffhausen plant eine Steuergesetzrevision bei den juristischen Personen. Ich habe vorhin erwähnt, dass wir relativ stark von den juristischen Personen abhängig sind. Der Gemeinderat hat diese Vorlage studiert und ist mit grosser Mehrheit zum Schluss gekommen, dass tatsächlich in diesem Bereich etwas getan werden muss. Es geht nicht um eine möglicherweise ungesunde Konkurrenz innerhalb der Schweiz oder gar des Kantons. Sondern es geht darum, dass andere Länder nicht geschlafen haben sondern in der Zwischenzeit äusserst attraktive Bedingungen anbieten. *(GP Stephan Rawyler zeigt zu diesem Thema einige Folien sowie Grafiken und führt dazu Erklärungen aus).*

Abschliessend möchte ich der RPK herzlich für die kritische Prüfung danken. Nicht nur der Rechnung sondern für die Prüfungen während des ganzen Jahres. Wir sind froh über diese Arbeit. Ich danke auch meinen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Sie haben es nicht immer ganz einfach mit dem Finanzreferenten und last but not least einen besonderen Dank an den Zentralverwalter Alexander Moser. Er hat eine sehr grosse Arbeit geleistet und auch ein Dankeschön an die Gemeindeschreiberin. Ich bin froh, dass sie wieder hier ist. Sie hat eine grosse Arbeit für diesen Geschäftsbericht geleistet.



Hans Schärker, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Die RPK hat die Rechnung 2006 gemäss dem intern erstellten Revisionsplan ausführlich geprüft. Unsere Revisionsbemerkungen sind schriftlich festgehalten und mit dem Gemeinderat anlässlich einer gemeinsamen Sitzung am 5. Mai 2007 eingehend besprochen worden.

Der Ihnen mit den Rechnungsunterlagen zugestellte Revisionsbericht enthält eine Aussage, die de jure falsch ist. Wir haben uns daher erlaubt, Ihnen eine neue Fassung vorzulegen. Ich entschuldige mich im Namen der RPK für diesen Lapsus.

Jetzt unsere Anmerkungen zur Rechnung an sich.

Die Gemeinde Neuhausen kann 2006 eine gegenüber dem Budget verbesserte Rechnung präsentieren. Einem ausgeglichenen Budget (Fr. 80'700.— Verlust) steht eine Rechnung mit Fr. 235'841.40 Ertragsüberschuss gegenüber. Damit schliesst die Rechnung um etwas mehr als Fr. 300'000.— besser ab als budgetiert. Das gute Resultat schliesst eine zusätzliche Rückstellung von Fr. 450'000.— für die Steuerverwaltung, eine Zuweisung von Fr. 600'000.— in die Reserve für Gemeindeentwicklung sowie diverse Sonderabschreibungen (Nationalbankengold) ein. Die erwähnte Rückstellung ist auf Grund des Resultates der Volksabstimmung zur Neuordnung des Steuerwesens zwingend. Es gilt darauf hinzuweisen, dass die Rechnung ohne die durch Landverkäufe erzielten Erträge von mehr als Fr. 2 Mio. nicht mit dem guten Resultat abgeschlossen werden könnte bzw. die Sonderabschreibungen und Rückstellungen nicht in dem Umfange getätigt werden könnten.

Wir stellen ebenfalls fest, dass sich der Trend bei den Sozialkosten nicht gewendet hat. Wir werden auch in Zukunft ein Auge auf diesen Bereich haben müssen, wenn wir sicherstellen wollen, dass dieser Bereich finanzierbar bleibt. Dieselbe Beobachtung gilt auch für den Bereich Bildung und Schule. Der doch recht hohe Anteil an Ausländern verursacht leider hohe Kosten für die von Allen geforderte Integration. Es zeigt sich, dass das gute, in diesem Bereich sicher erfolgreiche Neuhauser Schulmodell auch wachsende Kostenanteile mit sich bringt. Die angelaufene rege Bautätigkeit im Wohnungsbau für höhere Ansprüche und die Ansiedlung neuer Unternehmen muss weiterhin gefördert werden, um den Umbau der Gemeindestruktur positiv beeinflussen zu können.



Zusammenfassend kann ausgesagt werden, dass die Finanzsituation der Gemeinde Neuhausen trotz mehrjährigen Ertragsüberschüssen nicht zu Freudensprüngen verleiten darf. Die strukturellen Schieflagen werden Jahr für Jahr durch Sondererträge (Steueraufrechnungen, Landverkäufe, Nationalbankengold etc.) überdeckt. Diesem Umstand gilt es bei der Beurteilung der Zukunft Rechnung zu ragen. Der Gemeinde geht es nicht schlecht, es wird aber viel Vorsicht und eine weiterhin straffe Ausgabenpolitik brauchen, um diesen Zustand halten zu können. Eine grundlegende Verbesserung wird sich nur mit Sonderanstrengungen herbeiführen lassen können.

Die mit den Nationalbankgeldern getätigten ausserordentlichen Abschreibungen werden es uns erleichtern, die finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern, wird doch der zukünftige Abschreibungsbedarf wesentlich entlastet. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung des vom ER verabschiedeten Budgets 2007 erfüllt.

Die RPK darf heute festhalten, dass der Gemeinderat auf die Finanzierungslücke im Bereich Abwasser bereits reagiert hat. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, dass im Bereich Abfallbeseitigung (Kto 7201,7202,7203 und 7204) die durch Steuergelder zu begleichenden Unterdeckungen gegenüber 2005 weiter angestiegen sind. Wir sind gemäss Gesetz verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass laut eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung in diesem Bereich eine Subventionierung durch Steuergelder eigentlich nicht zulässig ist.

Die Analyse der diversen Kennzahlen für 2006 ist erschwert, da die Sondereffekte des Nationalbankgeldes hier voll durchschlagen. Ein Selbstfinanzierungsgrad von über 100 % zeigt dies besonders deutlich. Der Wert dürfte in den kommenden Jahren wieder wesentlich tiefer liegen. Dieselbe Aussage lässt sich beim Selbstfinanzierungsanteil machen. Dieser hat sich zwar von Stufe "schwach" auf Stufe "mittel" verbessert, ist aber nach wie vor weit davon entfernt, um als "gut" bezeichnet werden zu können. In beiden Fällen ist aber davon auszugehen, dass die Werte für die Zukunft durch den reduzierten Abschreibungsbedarf nachhaltig positiv beeinflusst sind. Die nach oben zeigende Tendenz der Nettolast pro Einwohner hat sich bestätigt. Der Wert liegt wiederum um gut Fr. 200.— höher als im Vorjahr. Durch das Anwachsen der Fremdverschuldung ist der Kapitaldienstanteil weiter angestiegen. Die Verschuldung bzw. der zukünftige Abschreibungsbedarf kann aber weiterhin als tragbar bezeichnet werden. Die derzeit günstige Zinssituation wird in der Kennzahl Zinsbelastungsanteil deutlich widerspiegelt.



Durch die erstmalige Konsolidierung der Werke in die Gemeinderechnung hat sich die Eröffnungsbilanz 2006 gegenüber der Schlussbilanz 2005 verändert. Dies ist auf den ersten Blick ziemlich verwirrend, hat aber seine Richtigkeit. Konsolidierungen bringen es eben mit sich, dass auch die Vermögenswerte beeinflusst werden.

Die Höhe des Ausgleichskapitals – es sind nun fast Fr. 4 Mio. – dürfte für die Abdeckung der gemäss Finanzplanung zu erwartenden Aufwandüberschüsse ausreichen. Der Gemeinderat hat der RPK versprochen, dass der revidierte Finanzplan für die nächsten Jahre demnächst vorliegt und wir damit eine revidierte Basis zur Beurteilung der Finanzsituation zur Verfügung haben werden.

Die RPK bedankt sich bei allen für die über das Jahr geleistete Arbeit. Der Dank geht an den Gemeinderat und alle übrigen Mitarbeiter der Gemeinde. Die in weiten Teilen feststellbare Budgettreue beweist, dass jeder an seinem Platz bemüht ist, dazu beizutragen, dass der finanzielle Rahmen gehalten werden kann. Besonderen Dank von unserer Seite verdient die Zentralverwaltung unter Führung von Alexander Moser. Die dort anfallende Arbeit wird professionell und kompetent erledigt. Fragen werden immer zuvorkommend und rasch beantwortet. Beides sind wichtige Voraussetzungen, um zielgerichtete Revisionen speditiv durchführen zu können.

Die RPK ist für Eintreten und beantragt, die Anträge des Gemeinderates gutzuheissen.

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP Fraktion hat sich eingehend mit der Rechnung 2006 befasst. Ich glaube, es ist niemand im Raum, der etwas dagegen hat, dass die Rechnung positiv ausgefallen ist, auch wenn uns schon seit Jahren gebetmühlenartig eingetrichtert wird, dass mit einem Defizit zu rechnen sei. Da kann ich dem Gemeinderat nur empfehlen, macht weiter so! Wie wir es bereits in der Budgetdebatte prophezeiten, haben sich die Steuereinnahmen um einiges besser entwickelt als budgetiert. Einmal mehr haben die juristischen Personen sehr viel zum guten Ergebnis beigetragen. Dies dank einerseits der gut laufenden Konjunktur und andererseits der erfolgreichen



Neuansiedlungen von Firmen, die sich langsam aber sicher für die Gemeinde auszahlen. Der Goldsegen und der Landverkauf haben es ermöglicht, dass zusätzliche Abschreibungen getätigt werden konnten, die künftige Rechnungen um mehr als 1 Steuerprozent entlastet. Aufgrund dieser guten Ausgangslage ist die CVP bereit über eine Steuerfussenkung von mehr als 1 % beim kommenden Budget zu diskutieren. Die SP wird nun wieder sagen, dass dem Steuerfuss bei der Standortauswahl keine wichtige Beachtung geschenkt wird. Da liegt sie nun aber wirklich falsch. Heute war wieder aus den Medien zu entnehmen aufgrund einer Umfrage, dass neben Krankenkassenkosten, Lebenshaltungskosten, die Steuern an dritter Stelle stehen. Ich mag mich noch gut an die Worte erinnern, bei der letzten Budgetdebatte. Die auf ein Jahr beschränkte Steuersenkung sei mut- und geschmacklos. Da gebe ich der SP Recht. Machen wir Nägel mit Köpfen und sprechen nicht nur von ein paar Rappen sondern von einer Steuerfussenkung, dass es mehr als nur zu einem Mittagessen am Kebab-Stand reicht. Wir sind klar der Meinung, die Neuhauserinnen und Neuhauser haben es verdient hier direkt zu partizipieren. Einmal mehr zu denken, geben uns die immer noch steigenden Sozialkosten. Hier scheint es kein Halten nach oben zu geben. Dies trotz Abnahme der Fälle. Hier ist der Gemeinderat wirklich gefordert, kreative Ideen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu entwickeln. In der Begründung bei der Erhöhung der Stellenprozent des Sozialreferats hiess es, dem Sozialtourismus ist Einhalt zu bieten. Sind da schon konkrete Ideen vorhanden? Vielleicht wäre hier mal ein Rabatt angebracht. Wie auch schon bei der Budgetberatung haben wir uns gefragt, ob der Gemeindeanteil von über Fr. 250'000.—an die Schaffhauser Polizei gerechtfertigt sei. Nach dem Studium des Geschäftsberichts fühlen wir uns in unseren Zweifeln bestätigt. Einerseits wurde das Programm Patrouillientätigkeit nicht mehr betrieben und die vielen Radarkontrollen wurden von 49 auf 28 reduziert. Andererseits stiegen die Anzahl der Übertretungen bei den Ortsfesten Radarkontrollen um knapp 40 %. Also Zusatzeinnahmen für die Schaffhauser Polizei. Wir stellen fest, dass die Gemeinde Neuhausen mehr zahlt als letztes Jahr, für weniger Leistung. Wir hoffen, der Polizeireferent kann uns in der Detailberatung die Fragen abschliessend beantworten und ansonsten ich ankündigen kann, dass die CVP eine Interpellation zu diesem Thema einreichen wird. Die CVP möchte dem Gemeinderat und allen Mitarbeitern der Gemeinde für ihre Arbeit danken, die sie im vergangenen Jahr geleistet haben. Die CVP wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen und wir werden uns bei den einzelnen Positionen zu Wort melden.



ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die Parteien SP und ÖBS haben die Rechnung 2006 studiert und sind erfreut, dass sich der Pessimismus des Finanzreferenten nicht bewahrheitet hat. Das Resultat zeigt, dass die Gemeindeverwaltung im Allgemeinen gut budgetiert und die Mittel effizient eingesetzt hat. Die Steuereinnahmen zeigen auch, dass Neuhausen als Wohnort und Unternehmenssitz attraktiv ist. Die ausserordentlichen Erträge aus dem Nationalbankengold und den Landverkäufen wurden für Abschreibungen und Reserven eingesetzt, was uns erlaubt, statt Kapitalzinsen zu bezahlen, dringende neue Aufgaben zu finanzieren, insbesondere die ausserschulische Betreuung endlich anzupacken. Auf die Abschreibungen werden wir in der Detailberatung noch zurückkommen. Allgemein ist festzustellen, dass die Gemeindeverwaltung schlank ist. Schlank sein, ist die gesund! Wir fragen uns aber, ob die Gemeindeverwaltung nun schlank ist oder bereits an Magersucht leidet? Wir stellen fest, dass im vergangenen Jahr bei einigen Absenzen in verschiedenen Bereichen die laufende Arbeit nicht mehr innerhalb der üblichen Frist erledigt werden konnte, weil das Fass bereits ohne Absenzen randvoll gefüllt war. Das führt dann zur Tendenz, Arbeiten an Externe und Private zu vergeben, weil sie intern nicht mehr erledigt werden konnten oder keine Kapazitäten dazu geschaffen wurden. Private mögen zwar günstiger sein, müssen aber gleichvoll koordiniert und angewiesen werden, was auch wieder interne Kosten verursacht. Diese Tendenz zur Auslagerung werden wir im Auge behalten müssen. Die Frage stellt sich auch, ob der Stellenplan noch zeitgemäss ist oder ist nicht in nächster Zukunft eine neue Bewertung nötig im Sinne einer Gesamtschau. Unbefriedigend ist die Rechnung der Werke. Befriedigend ist zwar, dass das Wasserwerk einen Gewinn von ca. Fr. 280'000.— erwirtschaftet hat und das Gaswerk einen solchen von Fr. 136'000.—. Unbefriedigend ist aber, dass keine Transparenz vorhanden ist, wie dieser Gewinn erwirtschaftet wurde. Ob er nun verhältnismässig hoch ist oder eher tief. Die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ist Miteigentümerin dieser Werke, führt dies in der eigenen Rechnung, hat aber keine Ahnung, wie es um diese Werke wirklich steht, wie die Aktiven bewertet sind, ob Stille Reserven vorhanden sind oder Leichen im Keller. Die SP und ÖBS sind für Eintreten auf den Geschäftsbericht und die Rechnung. Bei der Detailberatung werden wir in einigen Punkten noch Genaueres wissen wollen.



ER Willi Josel (SVP)

Auch uns erfreut dieses Resultat mit den schönen schwarzen Zahlen. Wir wissen natürlich auch, dass diese Situation gespeist wurde durch die Goldmillionen. Selbstverständlich kommen die nicht mehr so schnell wieder. Die Goldmillionen wurden aber so verwendet, wie wir das in einer Interpellation beim Gemeinderat angefragt haben. Mit vermehrten Abschreibungen. Das ist sehr erfreulich, dass man damit etwas erreicht hat. Auch die Grundstücksverkäufe. An sich sehr gut. Man darf es als Investitionen betrachten in den allfälligen Zuzug von besseren Steuerzahlern, weil qualitativer Wohnbau betrieben wurde. Selbstverständlich ist solcher Grundstücksverkauf nicht immer möglich. Man kann nicht alles verkaufen. Trotzdem es ist gut, dass man Abschreibungen gemacht hat und das Geld nicht ausgegeben hat. Das war der richtige Weg. Was mir besonders weh tut, das sind die Rückstellungen. Das sind die Fr. 450'000.—, die durch Abstimmungen im Kanton verloren gegangen sind. Das ist schade, aber es bleibt uns nichts anderes übrig, dass wir das bezahlen müssen. Ebenso erfreulich ist das hohe Eigenkapital, das wir ausweisen. Genau so positiv sind die juristischen Personen, bei denen die Anzahl auf 470 gestiegen ist. Das ist sicher auch, mit ein Erfolg der kantonalen Wirtschaftsförderung und vielleicht ist es auch langsam in das Bewusstsein der Leute gekommen, dass man hier billiger lebt. Der Anteil an Steuern der juristischen Personen ist gestiegen. Weitere Zuzüge sind erwünscht, aber das bedeutet auch, dass wir den Steuerfuss bei uns im Kanton sehr wohl senken müssen, denn für Unternehmer ist es ein wesentlicher Punkt, was muss ich hier an Steuern abliefern. Wohin verlege ich meinen Sitz. Was uns ein wenig Kummer macht, ist die Frage, wie sich die Situation SIG auswirken wird. Zu den Sozialkosten komme ich später noch. Gespannt sind wir natürlich auf den neuen Finanzplan. Der neue Finanzausgleich führt ja zu einer Steuerfussreduktion. Also ein Abtausch. Der Kanton geht 6 % hinauf, die Gemeinde geht 6 % hinunter, aber nach der kantonalen Vorlage ist es ja so, dass die Entflechtung der Ausgabenströme noch zu einer zusätzlichen Reduktion führt. 2.8 % steht in der Vorlage. Wie es dann konkret aussieht, werden wir noch sehen. Alle diese Fragen werden uns natürlich sehr genau auf den Steuerfuss hinblicken lassen. Im Bewusstsein, dass diese Sondereinnahmen nicht weiterfliessen können. Die SVP tritt auf die Rechnung ein und wir werden auch auf die Anträge eintreten. Wir danken allen, die hier mitgewirkt haben. Wir danken aber auch dem Steuerzahler, der das Geld auch aufgebracht hat. Wir stimmen zu und sind zufrieden. In der Detailberatung haben wir dann noch einige Fragen.



ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP hat den Rechnungsabschluss der Gemeinde mit Interesse analysiert. Wie schon in den Vorjahren präsentiert der Gemeinderat wieder eine positive Rechnung und diesmal sogar eine mit mehreren Millionen Überschuss. Freude herrscht, würde man meinen. Dem ist aber nur beschränkt so. Wenn man nämlich die Rechnung um die ausserordentlichen Einnahmen bereinigt, zeigt sich nur eine ausgeglichene Rechnung. Eine schwarze Null, sozusagen. Und eine ausgeglichene Rechnung beim derzeitigen wirtschaftlichen positiven Umfeld ist nun wirklich nicht gerade berauschend. Was wird denn sein, wenn der nächste Abschwung kommt? Genügen dann die finanziellen Polster? Auf welche Seite werden sich dann die grossen Ausgabenpositionen bewegen?

Die Sozialkosten- eine dieser grossen Ausgabenpositionen – haben sich in dieser Rechnung stabilisiert, aber eine Senkung ist offensichtlich trotz hervorragender Konjunktur nicht erreichbar. Die Bildung ist auch dieses Jahr wieder deutlich angestiegen. Gute Bildung ist uns etwas Wert und in Neuhausen müssen wir aufgrund des soziokulturellen Umfeldes mehr investieren als in anderen Gemeinden. Aber die Frage sei erlaubt, wie lange wir noch mit ähnlichen Steuerungsraten (immerhin 15 % seit 2003 und in diesem Jahr wiederum Fr. 1 Million mehr) – und dies bei sinkenden Schülerzahlen – haushalten können.

Auf der Einnahmenseite stimmt uns die Bauentwicklung positiv und wir erhoffen uns hier zeitverschoben noch mehr Steuereinnahmen. Wir stellen sowieso eine rege Bauentwicklung in unserer Gemeinde fest. Das ist erfreulich. Es gilt jetzt diese Dynamik auszunutzen. Die FDP ist mit der Verwendung des Überschusses in der vorgeschlagenen Form einverstanden. Von den zusätzlichen Abschreibungen profitieren alle und vor allem auch die Jüngeren Bürger können sich darüber freuen, denn durch diese Abschreibungspolitik können zukünftige Rechnungen entlastet werden. Das ist für uns aktive und nachhaltige Jugendpolitik.

Last but not least komme ich jetzt noch zu meinem Lieblingsthema. Die Rechnung der Werke. Auch dieses Jahr wieder eine Blackbox. Es fehlen Klarheit, Vergleichbarkeit und Stetigkeit der Darstellung. Eigentlich elementare Erfordernisse an die Rechnungslegung. Lassen Sie mich deshalb mit einem Zitat von Goethe schliessen: "Es gibt Bücher, durch die man alles erfährt und doch zuletzt von der Sache nichts begreift." Es geht uns mit der Rechnung der Werke genauso!



Die FDP beantragt Eintreten in die Detailberatung und wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen herzlich für die gute Aufnahme der Rechnung 2006 und ich nehme an auch für den Geschäftsbericht, soweit sie sich dazu geäußert haben. Ich beginne bei der FDP. Sie ist nicht alleine, die die Rechnungslegung bei den Werken kritisiert. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Konsolidierung zu gewissen Problemen geführt hat. Er ist sich aber auch bewusst, dass die Menge an Informationen, die er auch selbst erhält nicht vollumfänglich so ist, wie wir es von anderen Abteilungen unserer Gemeinde gewohnt sind. Wir haben aber immerhin die Gewissheit, dass ein renommiertes international tätiges Revisionsbüro die Rechnung anschaut. Das aber auch das keine 100-%ige Garantie ist, haben wir in der Zwischenzeit auch gelernt. Wir denken aber, dass es auch eine Frage des Vertrauens und der Zusammenarbeit mit der Stadt Schaffhausen ist. Möglicherweise kann sich der Werkreferent dann darüber noch äussern. Zur SVP. Tatsächlich, wie die FDP festgestellt hat, die Abschreibungen, das ist eine nachhaltige Politik. Gleich sagen, dass es sich hier um Jugendpolitik handelt. So weit möchte ich jetzt nicht gehen. Aber es ist sicher nachhaltig. Der Finanzplan ist dank eines grossen Efforts des Zentralverwalters in der Zwischenzeit nun bei mir eingetroffen und es sieht weniger schrecklich aus als die erste Variante, die ich zusammen mit dem Zentralverwalter angeschaut habe. Aber von schwarzen Zahlen kann nach wie vor nicht die Rede sein. Das kann ich Ihnen jetzt schon verraten, ohne irgendein grosses Geheimnis auszulauern. Deshalb muss ich auch sagen – in Vorwegnahme der CVP und wie auch die SVP gesagt hat – natürlich kann man über den Steuerfuss diskutieren. Das kann man sehr lange diskutieren und das gibt auch sehr interessante Diskussionen. Aber ich muss Ihnen sagen – und das war auch der Sinn meiner heutigen Ausführungen – sie sehen dass eine Steuergesetzrevision 2008 und 2009 kommt und die hat Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt. Wenn man nun bereits jetzt hofft, dass man zusätzlich noch Spielraum hat um den Steuerfuss deutlich senken zu können, dann muss ich sagen, diese Hoffnungen könnten relativ schnell wie Seifenblasen zerplatzen. Denn der Spielraum, den ER Willi Josel zu Recht erwähnt hat, brauchen wir gerade für die Steuergesetzrevision 2008. Also diese 2% braucht Neuhausen am Rheinfall. Eine Reduktion bei den juristischen Personen. Wenn tatsächlich etwas herauschaut und man sieht, dass man einen grossen Handlungsspielraum hat, dann bin ich sicher der letzte, mit dem nicht gesprochen werden kann. Die Rückstellungen, die Willi Josel erwähnt hat, die tun mir auch weh, weil wir eine unnötige Abstimmung im Kantonsrat beschlossen



haben und es tut mir doppelt weh, weil die Gemeinde Neuhausen überdeutlich zur vorgeschlagenen Lösung des Kantons "Ja" gesagt hat. Wenn wir diese Fr. 450'000.— nicht zurückstellen müssten, dann hätte sicher sogar ER Felix Tenger gesagt, wir hätten eine gute Rechnung gehabt. Die SP hat grundsätzlich zu recht darauf hingewiesen, dass wir eine schlanke Verwaltung haben, aber ich denke nicht, dass wir unter eine Modellkrankheit leiden. Ich glaube wir dürfen alle noch auf den Laufsteg gehen, aber ich muss auch sagen, der ER sollte auch insoweit konsequent sein, dass jahrelang dem Gemeinderat vorgeworfen wurde, Arbeiten nicht extern zu vergeben. Ich mag mich an unzählige Diskussionen erinnern, wie viele Bauleitungen wir intern und extern machen sollten. Das wurde immer wieder diskutiert, ob gewisse Arbeiten nicht extern zu vergeben wären. Jetzt kommt der Ruf auf die andere Seite, dass zu viel ausgelagert wird. Da muss ich sagen, dass es Arbeiten gibt, die wir nicht auslagern können, wie ER Ueli Furrer zu Recht gesagt hat. Bis die Instruktion durch ist, ist die Arbeit gemacht. Andere Arbeiten sind aber so speziell, dass es keinen Sinn macht, dass wir hier wirklich alles selbst machen. Auch gewisse Aufgaben im Bereich der EDV machen keinen Sinn, wenn wir uns das Know-How erarbeiten. Es kommt billiger, wenn wir dieses Wissen einkaufen. Noch zur CVP. Die Fragen zur Polizei, wird der Polizeireferent noch kurz beantworten. Die Sozialreferentin hat zugesagt, zu Sozialem noch kurz Stellung zu nehmen. Es ist sicher so, dass die Konjunktur gut läuft, aber wie gesagt, Bäume wachsen nicht in den Himmel und wir müssen mit demjenigen auskommen, was wir haben. Dann noch ganz kurz zur Rechnungsprüfungskommission. Der Gemeinderat ist die Lücke beim Abwasser nur teilweise angegangen. Er hat im Rahmen seiner eigenen Kompetenz betr. der Sanierung der Kläranlage Röti, den Betrag ausgeglichen. Rückwirkend auf den 1. Januar 2007, aber es verbleibt natürlich immer noch ein happiger Betrag. Wir müssen nicht nur die Kläranlage Röti sanieren, denn wir haben auch einen riesigen Betrag, den wir jährlich in die Kanalisation investieren – sechs- bis siebenstelligen Beträge – um den Wert dieser wichtigen Einrichtung aus gesundheitspolitischen Gründen zu erhalten. Wir wissen von Gemeinden, die nichts oder fast gar nichts investieren in die Kanalisation, dafür mit dem Steuerfuss heruntergegangen sind. Das kann aber doch nicht eine ernsthafte Politik sein. Deshalb müssen wir auch in Neuhausen am Rheinfall diese Investitionen tätigen. Da werden wir alle noch gefordert sein für kreative Lösungen. Abschliessend danke ich Ihnen nochmals für die gute Aufnahme und auch ich möchte es selbstverständlich nicht versäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde ganz herzlich danken, dass wir das Budget 2006 einhalten konnten.



GR Franz Baumann

Zuerst muss ich folgendes sagen. Es sind ja Vertreter hier aus dem Einwohnerrat, die die Rechnungen der Werke jeweils überprüfen und annehmen. Wie der Gemeindepräsident gesagt hat, ist ein renommiertes Unternehmen da, das die Rechnungen im Detail prüft. Es ist einfach eine andere Rechnungslegung, wie wir das bei uns auf der Gemeinde gewohnt sind. Nächstes Jahr wird die Rechnung sicher transparenter sein und man kann sie zwischen diesem Jahr und nächstem Jahr vergleichen. Leichen, das kann ich ER Ueli Furrer versichern, sind keine im Keller. Was wir als Gemeinde gemacht haben in den letzten Jahren. Wir als Gemeinde haben die Stillen Reserven herausgenommen betreffend der Konsolidierung, dass da nicht Geld verloren geht. Da wurde vom Gemeinderat sehr gute Arbeit geleistet, sonst wäre das Geld irgendwo verschwunden und es ist hier mit der Konsolidierung in den Wert der Gemeinde übergegangen. Betreffend der Transparenz. Wir haben anlässlich der Sitzung mit der Rechnungsprüfungskommission abgemacht, dass wir die Rechnungsprüfungskommission einladen, dass sie bei den Werken hinter die Kulissen schauen können um die Transparenz hinterfragen zu können. Hier ist alles zusammengefasst und da können sie die Geschäfte schlecht hinterfragen. Die Zusammenarbeit mit den Werken ist zur Zeit nicht so gut, wie sie auch schon war, aber die Arbeit, die sie leisten ist ausgezeichnet.

GR Franziska Brenn

Ich komme noch kurz zur CVP und möchte noch etwas richtig stellen, was die Erhöhung der Stellenprozente beim Sozialdienst angeht. Das hat nichts mit kreativen Lösungen zu tun zur Eindämmung des Sozialtourismus. Da können wir nämlich gar nichts dagegen tun. Es gibt eine verfassungsmässige Niederlassungsfreiheit. Da können wir nicht eingreifen. Kreative Lösungen sind gefragt, bei der Integration in den Arbeitsmarkt, bei der Unterstützung von Familien und allenfalls bei der Missbrauchsbekämpfung. Dann auch noch zu ER Felix Tenger. Es ist wirklich traurig. Wir haben weniger Fälle, weniger Bruttoausgaben. Aber wir haben trotzdem immer noch mehr Nettoausgaben. Das bedauere ich auch sehr. Das hat aber vor allem mit den Rückerstattungen zu tun. Auch bei den Rückerstattungen werden uns Gesetze vorgegeben. Auch da können wir nicht viel machen. Es schlägt sich hier vor allem zu Buche, dass 30 % weniger IV-Renten gesprochen werden. Das ist Geld, dass wir den Leuten im voraus bezahlen und bis anhin haben wir das zurückerstattet bekommen, was jetzt dahinfällt und da muss ich ehrlich gesagt



sagen, habe ich nicht grosse Hoffnung, dass sich das in den nächsten Jahren reduzieren würde. Ich habe heute noch den Bericht zur Arbeitsmarktlage Monat Mai erhalten vom Arbeitsamt und da hat es schöne Zahlen, dass die Ganz- und Teilarbeitslosen zurückgehen, aber das schlimme ist, es sind nur noch 783 Ganz- und Teilarbeitslose (VJ 1'139) und diese Zahl wird überholt von den nichtarbeitslosen Stellensuchenden. Das sind jetzt 920. Die nichtarbeitslosen Stellensuchenden erscheinen in keiner Statistik auf. Das sind aber diejenigen Personen, die wir mit Arbeitsmarktmassnahmen unterstützen müssen. Diese Zahlen geben natürlich schon zu denken. Uns wird somit sicher ein Sockel bleiben. Das sind diese Menschen, die keiner mehr im Arbeitsmarkt will.

GR Dino Tamagni

Ich möchte noch schnell Stellung nehmen zu den Fragen, die ER Christian Di Ronco gestellt hat. Er hat zu Recht festgestellt, dass die Radarkontrollen wirklich um ca. 50 % zurückgegangen sind. Das hat auch der Gemeinderat mit dem Bericht der Schaffhauser Polizei im März festgestellt. Daraus ist auch herausgegangen, dass die Patrouillantätigkeit zurückgegangen ist und dies ist auch zurückzuführen, resp. die Berichterstattung die folgt jährlich und konnte auch schon Anfangs 2006 auf Intervention hin des Polizeireferenten auf eine vierteljährliche Berichterstattung korrigiert werden. Nach Erhalt dieses Polizeiberichtes von der Schaffhauser Polizei hat der Polizeireferent mit Nachdruck des Gemeinderates beim Finanzdepartement interveniert und ein Gespräch verlangt, dass diese Umstände korrigieren soll. Diese Gespräche sind bereits abgemacht und finden nächstens statt und eine vierteljährliche Berichterstattung ist in Aussicht gestellt. Zu den anderen Zahlen, das wir sich dann aus diesem Gespräch ergeben. Die Resultate werden dann Ende Juli vorliegen und dann kann der Gemeinderat auch entsprechend handeln. Entweder finanziell oder allenfalls wieder auf mehr Leistung. Ich weiss nicht, ob ich soweit dienen kann, aber mehr kann ich Ihnen im Moment nicht sagen. Der Einwohnerrat resp. ER Christian Di Ronco kann sich weiterhin vorbehalten, eine Interpellation zu machen, aber ich denke, diesen Zeitpunkt müsste man so oder so abwarten, bis diese Verhandlungen gelaufen sind.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass weder die SP noch die ÖBS je gefordert haben, die Gemeinde müsse Aufträge auslagern. Das war zwar schon ein Thema im Einwohnerrat, aber nicht von unserer Seite.

ER Peter Gloor (SP)

Wenn der Gemeinderat mit den zuständigen Personen der Polizei verhandelt, müsste man auch anschauen, was dazumal abgemacht wurde, welche Leistung von das Geld gebracht werden muss. Da muss schon geschaut werden, dass wir diese Leistungen auch bekommen, für die wir bezahlen und nicht nur Zahlende sind und keine Leistung bekommen.

GR Dino Tamagni

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Gemeinde dazumal nichts festgelegt hat, was sie für ihr Entgelt bekommt.

ER Walter Herrmann (FDP)

Woher kam dann das Angebot, das bei meiner Interpellation zum Vandalismus kam. Wer hat Euch diese Zusage gemacht. Die Polizei, dass wenn dann die Schule abgeschlossen ist, mehr Polizei zur Verfügung steht. Die Patrouillientätigkeit erhöht wird. Kommt das aus der Idee des Gemeinderates oder aus der Idee des Finanzdepartementes?



GR Dino Tamagni

Die Antwort dieser Interpellation war abgestützt auf die Aussagen der Schaffhauser Polizei. Dass sich jetzt das Blatt wieder gewendet, bestätigt um so mehr, dass diese Besprechung dringend notwendig ist. Auch wir sind negativ überrascht worden, von dieser Meldung der Schaffhauser Polizei, resp. von dieser Berichterstattung, weil Meldung, dass weniger stattfindet, haben wir keine bekommen. Darum sind wir auch ein bisschen aufgeregt.

ER Priska Weber (SP)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass 2008 die Polizei auch nicht mehr patrouillieren wird, wegen dem Fussball. Wenn man hört, braucht es ja unheimlich viel Polizei während dieser Fussballspiele.

Detailberatung:

ER Markus Anderegg (FDP)

Rechnung 2006, Geschäftsbericht, Chronik des Jahres 2006

Ich möchte allgemein empfehlen die Chronik etwas zu kürzen. Z.B. auf Seite 5 die Mitteilung, dass das Restaurant Rosenberg wieder offen ist, finde ich nun nicht gerade wahnsinnig informativ oder Seite 7 die Mitteilung, dass die Crank Bar eine neue Wirtin erhält. Ich denke, dass diese Chronik zur Entlastung des Gemeindepräsidenten sehr gekürzt werden kann auf das wirklich Wesentliche. Das soll einfach eine Anregung zu diesem Thema sein.



GP Stephan Rawyler

Ich lege absolut keinen Wert darauf, dass ich eine Chronik verfassen muss. Wenn mir der Einwohnerrat sagt, dass das nicht mehr notwendig sei, dann verfasse ich im Geschäftsbericht 2007 keine solche Chronik mehr. Aber ich möchte eine klare Äusserung vom Einwohnerrat hören, was Sie als wichtig und als nicht wichtig anschauen. Das ist natürlich sehr unterschiedlich.

ER Markus Anderegg (FDP)

Dann beantrage ich, dass im nächsten Geschäftsbericht die Chronik auf eine Seite gekürzt wird.

ER Peter Gloor (SP)

Dann stelle ich den Gegenantrag, denn die Gemeindekanzlei notiert diese Zahlen und Daten ja sowieso, dann kann sie es auch veröffentlichen und man sieht, was in der Gemeinde alles getan wurde. Ich stelle hiermit den Gegenantrag, dass die Chronik so bleiben soll, wie sie ist.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die Abstände zwischen den zwei Seiten könnten etwas kürzer sein, dann verkürzt es die ganze Chronik auch ein wenig.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich habe mich vorhin falsch ausgedrückt. Ich meine natürlich nur die Seiten 4 bis 8, die Chronik des Jahres 2006. Ich habe diese Seiten gemeint, dass hier die wesentlichen Dinge ausreichend sind. Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, dass sämtliche anderen Daten weiterhin geführt werde wie bis anhin. Das ist auch meine Meinung.

Antrag:

Wer ist dafür, dass die Chronik in Zukunft gekürzt wird?

Der Antrag wird mit 7 : 11 Stimmen abgelehnt.

ER Thomas Theiler (CVP)

Rechnung 2006, Geschäftsbericht, Öffentliche Sicherheit, Seite 30, 1130, Schaffhauser Polizei

Ich muss hier nochmals auf die Diskussion mit der Schaffhauser Polizei zurückkommen. Jetzt sind wir ja am Thema. Ich habe die gebüssten Fahrzeuge von 0.54 % von 2002 mit den 0.45 % aus dem Jahr 2006 gerechnet, was das eigentlich bedeutet und das bedeutet, dass im Jahre 2002 Fr. 270'000.— bei einem Durchschnitt von Fr. 30.— pro Busse, eingenommen wurde durch die Schaffhauser Polizei und im Jahre 2006 waren das Fr. 450'000.— für die Schaffhauser Polizei. Ich glaube schon, dass da die Gemeinde Neuhausen auch etwas fordern darf und die Schaffhauser Polizei nicht nur das Geld holen kann. Sonst legen wir noch Fr. 100'000.— dazu und gründen eine eigene Polizei. So kann es sicher nicht weitergehen. Ich hoffe, dass GR Dino Tamagni mal die SVP raushängt.

GP Stephan Rawyler

Ich glaube wir müssen auch die Vorteile der Zusammenarbeit sehen. Also für Fr. 367'000.— können wir natürlich keine Sicherheitspolizei auf die Beine stellen. Jetzt bezahlen wir Fr. 267'000.—. Das finden Sie in der Rechnung Seite 17, Konto 1130. Ich glaube, wenn Sie nochmals Fr. 100'000.— dazulegen, dann reicht das natürlich bei weitem nicht. Dann haben Sie praktisch eine Stelle, 24 Stunden am Tag. Das ist natürlich nichts im Vergleich. Ich denke, da muss man es schon etwas differenzierter ansehen. Der Gemeinderat hat ja bereits im Verlauf des Jahres 2006 festgestellt, dass wir keine Berichte mehr bekommen. Wir haben dann beim Polizeireferenten interveniert und der ist seinerseits bei der Polizei vorstellig geworden. Die hat etwas blockiert. Es bedurfte dann der Intervention des Finanzdepartementes und wir sind nun guter Hoffnung, dass wir dieser Berichte wieder regelmässig erhalten. Es geht nicht darum, dass wir vorgängig orientiert werden aber wir wollen wissen, welche Patrouillentätigkeiten erfolgten,



einerseits vom Verkehrszug und andererseits von der Sicherheitspolizei. Ich denke, darauf haben wir ein Anrecht. Wir dürfen das wissen, was hier passiert. Auch wenn das nicht konkret festgeschrieben wurde seinerzeit bei der Übernahme war es doch der Sinn und Geist der Übernahme, dass mindestens das gleiche Sicherheitsniveau bewahrt wird. Jetzt haben wir das Problem mit der Stadt Schaffhausen mit z.T. schwierigen Zuständen vom Donnerstagabend bis Sonntag Abend, je nach Fussballmatch, indem das Korps wirklich sehr gefordert wurde. Dass auch die politischen Behörden angegriffen wurden. Ich denke, da sind wir nun gefordert, dass nicht alle Kräfte in die Stadt Schaffhausen gerufen werden und wir praktisch zum weissen Land werden, denn auch wir haben Anspruch, dass unsere Sicherheit auf einem hohen Niveau bleibt und das darf man sicher auch sagen. Die Sicherheit bei uns ist hoch. Unsere Polizei leistet grundsätzlich sehr gute Arbeit.

GR Dino Tamagni

Es ist schlussendlich ein Seilziehen und im Moment hat die Stadt Schaffhausen ein bisschen stärker gezogen, ohne dass wir eigentlich darauf vorbereitet worden sind und wie jetzt auch GP Stephan Rawyler gesagt hat, wir versuchen diese Situation wieder zu korrigieren und wenn ich auch den SVP Mann Bertoluzzi heraushängen sollte. Ich werde sicher mein Bestes geben. Schlussendlich ist es ja ein kantonales Gesetz.

ER Peter Gloor (SP)

Ich könnte da GR Dino Tamagni schon einen Tipp geben. Die Verwaltungspolizei hat sehr effizient gebüsst. Setzt mal diese Sünder nicht nur auf die Spitex an sondern auch auf andere Verkehrssünder.



ER Thomas Theiler (CVP)

Wenn GR Dino Tamagni sagt, dass Schaffhausen stärker am Strick zieht, dann müssen wir hier in Neuhausen einfach mehr Druck machen und auch mal auf die Hinterbeine stehen. Schaffhausen hat mit ihrem "Bermuda-Dreieck" ihre Probleme. Das sehen die Leute auch jedes Wochenende vom Donnerstagabend bis Sonntagabend. Aber es ist heutzutage einfach so. Derjenige der am lautesten schreit, zu demjenigen rennt man zuerst. Das ist so. Das ist überall so. Wer am lautesten schreit, der wird bevorzugt. Jetzt müssen wir auch mal schreien.

ER Priska Weber (SP)

Rechnung 2006, Geschäftsbericht, Soziale Wohlfahrt, Seite 48, 5700/5701, Alters- und Pflegeheim allgemein

Betreffend der Fehlzeitenstatistik. Ich gebe ER Ueli Furrer recht, dass wir bei unserer schlanken Verwaltung, wie es der Gemeinderat so schön sagt, an eine Magersucht grenzen. Die wenigen Prozenterrhöhungen im Jahr sind bloss kleine Heilungen und gehen der Ursache nicht auf den Grund. Haben Sie doch den Mut und gehen den Ursachen auf den Grund und erhöhen Sie die Stellenprozente das nächste Mal vom eins bis zwei Nullen und schaffen Sie so für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen gesunden Arbeitsplatz.

ER Walter Herrmann (FDP)

Aber, wenn diese Absenzen arbeiten würden, dass würde das Personal auch entlastet werden. Meine Leute arbeiten bei mir im Labor auch unter sehr hohem Druck und sie arbeiten solidarisch zusammen. Wenn eine Person ausfällt, bricht das ganze System nicht zusammen. Das hier ist eine sehr hohe Absenzenzahl. Da muss geschaut werden, weshalb diese Personen fehlen. Können diese Personen nicht ausgewechselt werden?



ER Albert Gysin (SVP)

Wenn man die vielen Raucherstunden zusammenzählt, die das Personal in dieser Sektion verbringen, dann könnte man noch Personal einsparen. Man sieht es ja, wie viele Personen draussen stehen und die Zeit mit rauchen verbringen, wenn man beim Gemeindehaus steht.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Es geht jetzt schon um die Statistik Seite 48 und nicht um die Gemeinderätin. Tatsächlich, bei allem was recht ist. Ich glaube auch, diese Fehlzeitenstatistik in den Altersheimen ist überaus hoch, auch wenn sie heruntergekommen ist. Wir haben beim BBZ etwas mehr Stellenprozente aber nicht einmal annähernd diese Fehlzeiten. Das ist nicht einmal mehr zu erklären mit Magersucht beim Personal. Da stimmt etwas nicht und ich möchte doch den Auftrag geben, dass man da mal etwas genauer hinschaut. Selbst wenn 4 Personen nicht länger arbeiten konnten, sollte es eigentlich nicht so hoch sein. Das sind mehr als 1'000 Tage, die das gefehlt wurden. Das ist viel zu viel.

GP Stephan Rawyler

Ich glaube wir müssen hier die Fehlzeitenstatistik etwas differenzieren. Bei der Mutterschaft haben der Gemeinderat und der Heimreferent überhaupt gar keinen Einfluss. Beim Unfall. Das können wir auch nicht beeinflussen. Hier gibt es auch Unfälle ausserhalb der Arbeitszeit, da können wir auch nichts machen. Dann bleiben noch die Krankheitstage. Dort ist nach meiner Information auch die Weisung, dass man in einem Heim auch bei Schnupfen - wo man im BBZ oder in anderen Firmen noch lange Arbeiten kann - wo alte und gebrechliche Menschen wohnen, nicht mehr arbeiten darf. Jemand mit einer Erkältung darf in der Küche nicht mehr arbeiten, sonst stellen Sie uns dann Fragen, was da eigentlich passiert ist. Das sind Vorschriften. Was mich in dieser Tabelle eigentlich beeindruckt. Das sieht man auf Seite 49 oben. Dass man in 5 Jahren beinahe 15 % heruntergekommen ist. Das hat sicher auch damit zu tun, dass die Pflegenden besser instruiert wurden, wie man jemanden aufrichten soll, wie man jemanden wenden soll und ähnliche Sachen. Wir stellen das auch in der Pensionskasse fest. Wir haben nicht mehr so viele Fälle, wo Rückenleiden angegeben werden.



ER Priska Weber (SP)

Ich möchte ich noch etwas präzisieren. Ich finde es gut, dass eine Fehlzeitenstatistik geführt wird, dann hat man auch ein Auge darauf und kann reagieren. Mir geht es eigentlich darum, wenn jemand eine Mutterschaft hat oder bei den Männern jemand ins Militär gehen muss, dann bleibt die Arbeit liegen, wenn man nicht genügend Mitarbeiter hat um das aufzuarbeiten. Man belastet dann die Mitarbeiter, die noch an der Arbeitsstelle sind. Für diese Mitarbeiter möchte ich eigentlich sprechen, dass das Fass dann nicht überläuft, sondern dass man dort eine Reserve anbieten kann.

ER Markus Anderegg (FDP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 3

Nur eine kleine Korrektur in der Überschrift. Es sollte in der Überschrift nicht Laufende Rechnung Detail sondern immer noch Laufende Rechnung Übersicht stehen.

ER Christian Schwyn (SVP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 6, Konto 0201 Steuerverwaltung

Im Einwohnerrat gab es anfangs 2005 eine Vorlage zur Auslagerung der Steuerverwaltung und wir sind jetzt schon sehr erstaunt, dass der Nettoaufwand der Steuerverwaltung so hoch ist. Dort wurde versprochen, in 2007 würde es Fr. 353'000.— kosten. Jetzt 2006 hat es Fr. 200'000.— mehr gekostet. Ich weiss nicht, wie der Gemeinderat nächstes Jahr diese Fr. 200'000.— einsparen will. Kann man mir da irgendeine Erklärung geben.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich kann keine Erklärung geben, aber ich möchte hier gleich nachhaken. In der Vorlage wurden für das Jahr 2006 Fr. 416'300.— versprochen. In der Rechnung finden wir Fr. 557'000.—. Das sind 34 % mehr. Insbesondere sind 5 Posten wie Büromaterial und Drucksachen, Porti und PC-Gebühren, Betriebskosten, Einzugsprovision Kanton und Verrechnung Datenverarbeitung, die in der Vorlage mit Null ausgewiesen wurden. Die sind nun hier und machen zusammen gegen



Fr. 200'000.— aus, die als Mehraufwand oder Mindereinnahmen hier sind. Weshalb sind diese Posten nicht auf Null wie in der Vorlage? Die ÖBS hat damals zugestimmt in der Annahme, dass wir etwa gleiche oder bessere Qualität für weniger Geld erhalten.

GP Stephan Rawyler

Ich habe dieses Konto 0201 Steuerverwaltung natürlich auch sehr gut analysiert. Ich kann Ihnen versichern, dass der Einwohnerrat dieser Vorlage zu Recht zugestimmt hat. Ich habe Sie extra mitgenommen. Für 2006 wurde ein Ersparnis von ca. Fr. 70'000.— vorausgesagt und budgetiert wurde ja auch dieser Vorlage entsprechen Fr. 416'000.— Nettoaufwand. Wieso sind hier jetzt Abweichungen? Wir haben Fr. 557'000.— Aufwand. Davon müssen Sie Fr. 30'000.— EDV abziehen. Wir haben ja die gesamten EDV Kosten, die wir noch in der Bestandesrechnung gehabt haben, haben wir abgeschrieben. Die Steuerverwaltung hat relativ viele PC's und da wir die Kosten einfach proportional nach Arbeitsplatz verteilen, ist dies massiv durchgeschlagen. Wir haben uns zuerst intern gefragt, ob wir hier einen kleinen Trick machen sollen und diese Abschreibungen nicht bei der Steuerverwaltung zeigen sollen. Ich habe mich dann entschieden, Ihnen das heute Abend so zu erklären. Das ist so. Dann bei den Betriebskosten. Dort können wir noch ungefähr die Hälfte Fr. 35'000.— bis Fr. 38'000.— dem Kanton in Rechnung stellen. Das sind Kosten, die wir noch nicht dazu gekommen sind im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Kanton bei der Steuerverwaltung in Rechnung zu stellen. Das gleiche gilt bei den Porti und PC-Gebühren. Dort können wir noch ca. Fr. 15'000.— bis Fr. 18'000.— in Rechnung stellen. Dann fehlt vor allem bei den Einnahmen – und das ist höchst unerfreulich bei den Gebühren – Konto 0201.431.00, da bin ich auch nicht zufrieden mit dem Kanton. Hier konnte nur noch ein kleiner Teil ausgewiesen werden. Diese Zahl müssen wir um rd. Fr. 50'000.— erhöhen. Diese Zahl hat der Kanton eingenommen. Die sind hinten bei den normalen Steuern. Diese Zahl war leider mit einem vernünftigen Aufwand nicht mehr auseinander zu dividieren. Das ist sehr unangenehm für mich. Ich kann es leider nicht ändern, es ist halt so. Die Einzugsprovision von Fr. 11'933.— hätte richtigerweise auch im Voranschlag von 2006 budgetiert werden müssen. Das ist die Einzugsprovision für die Veranlagung der juristischen Personen, nicht für die natürlichen Personen. Wenn Sie das jetzt zusammenzählen: Fr. 557'000.— minus Fr. 30'000.—EDV, minus Fr. 50'000.— Gebühren, die bei den Steuern sind, minus Fr. 35'000.— Betriebskosten, minus Fr. 15'000.— Porti und PC-Gebühren, dann kommen Sie auf Fr. 130'000.—. Wenn Sie das abziehen von den Fr. 557'000.—, dann sind wir auf Fr. 427'000.— und dann ist noch die Differenz von den Fr. 11'900.—. Dann sind wir eigentlich bei diesen Fr. 416'000.—.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich möchte nochmals nachfragen, weshalb dann die Kosten in der Vorlage mit Null ausgewiesen wurden?

GP Stephan Rawyler

Also in der Vorlage ist es auf Seite 11 nicht Null. Da sind Betriebskosten von Fr. 54'000.— enthalten. Die Porti und PC-Gebühren sind Null.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Dann habe ich das anders verstanden.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Damit Ihr Euch nicht allzuviel ärgern müsst auf Seite der SVP und der FDP. Ich bin 100-%ig sicher, dass der Kanton das wieder zurückverlangt hätte, auf eine Art und Weise, dass Ihr da nicht bezahlen müsstet.

ER Priska Weber (SP)

*Rechnung 2006, Rechnung, Seite 10, Konto 0280 Allgemeiner Personalaufwand, Konto 301.05
Besoldungen Lehrlinge*

Ich finde das eine sinnvolle Ausgabe.

ER Albert Gysin (SVP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 13, Konto 0902 Restaurant Schützenstube, Konto 312.02 Heizmaterialien

Der Aufwand ist Fr. 5'985.15 und auf der Seite 14 ist der Heizkostenanteil Fr. 2'320.—. Werde da noch andere Räume geheizt und weshalb ist der Heizkostenanteil im Jahr 2005 und im Jahr 2006 gleich?

GR Franz Baumann

Wir sind dem nachgegangen und erstens ist es so, dass wir geschaut haben, was wir für Öl ausgegeben haben. Das sind Fr. 4'700.— effektive Kosten. 35 % bezahlt die Gemeinde, weil sich dort auch öffentliche WC-Anlagen und die Schiessanlage befindet. Der Rest wird dem Wirt verrechnet. Weshalb hier eine Differenz vorhanden ist, ist folgender Grund. Auf Ende März ist der alte Wirt ausgezogen und anfangs Mai kam dann der neue Wirt. Der alte Wirt hatte noch Gutschriften für Vorauszahlungen der Heizung zugute. Das ist alles hier verbucht. Es ist also nicht Öl irgendwohin geflossen. Das hat alles seine Richtigkeit.

ER Jakob Walter (SP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 17, Konto 1050 Bürgerrechtswesen

Man kann sich dazu stellen wie man will, aber es gibt einfach die Regelung, dass man an Einbürgerungen nichts verdienen darf, sondern es wurde Tarife festgelegt, die in etwa die Kosten decken sollten. Bei uns ist es offensichtlich bei weitem nicht kostendeckend. Meine Frage ist, hat da Lausanne einen Fehlentscheid getroffen oder leisten wir uns eine sehr teure Einrichtung um die Einbürgerungen durchzuführen oder ist etwas Drittes der Grund?



GR Franziska Brenn

Es ist wirklich etwas Drittes. Im Jahr 2006 hatten wir eine Übergangsbestimmung bevor das Gesetz auf den Januar 2007 in Kraft trat. Im Jahr 2006 konnten wir nur die Gebühren einziehen und keine anderen Kosten verrechnen und zwar konnten wir nur die Gebühren bei den Aufgenommen einziehen und jetzt beim neuen Bürgerrechtsgesetz können wir die Gebühren auf bei Abgewiesenen verlangen und wir können auch noch eine Barauslage verlangen und für die Kurse können wir auch noch etwas verlangen. Ich denke aber ganz kostendeckend wird es nie werden, denn wir leisten uns eine gute Bürgerkommission und ich denke, dass sich dieser Aufwand auch lohnt. Die Bürgerkommission leistet sehr gute Arbeit.

ER Christian Schwyn (SVP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 24, Konto 2 Bildung

Eine allgemeine Bemerkung zur Bildung. Wir schätzen eine sehr gute Bildung, aber wir hoffen trotzdem nicht, dass die Kosten jedes Jahr um ca. Fr. 1 Million steigen werden. Wie sehr da die Aussichten aus? Geht das so weiter? Kann man das einschätzen?

GR Patrick Strasser

Ich hoffe mich ER Christian Schwyn mit, dass die Kosten nicht weiter ansteigen werden. Ich möchte die Gelegenheit benützen und aufzeigen, woher diese Kostensteigerung von knapp einer Million kommen. Schwergewichtig folgen diese Kosten bei den Besoldungskosten bei der Primarschule. Hauptgrund dafür ist, dass mit dem neuen Lohnsystem, das seit November 2005 im Kanton Schaffhausen gilt, die Primarlehrer 15 % mehr Lohn erhalten. Dazu kommt die Auswirkung, dass in Neuhausen mehr Lektionen gegeben werden. Seit dem Sommer 2006 sind die Blockzeiten aktuell, das hat eine Erhöhung der Lektionenzahlen mit sich gebracht hat. Des Weiteren ist das Jahr 2006 das erste Jahr in welchem das Neuhauser Modell in der gesamten Primarschule in Neuhausen in Kraft war. Im Jahr 2005 war es nur das zweite Halbjahr und im Jahr 2006 das ganze Jahr. Dadurch haben wir viel mehr Lektionenzahlen sowie diese 15 % mehr Lohnkosten. Das macht mit Abstand den grössten Betrag aus. Im Bereich des Sachaufwandes haben wir Vorgaben des Kantons zu befolgen. Ich erinnere daran, dass mit der Einführung der Blockzahlen die



musikalische Grundschule eingeführt wurde. Die Schule verfügte so gut wie nicht über die notwendigen Instrumente. Diese mussten in einer ersten Tranche angeschafft werden. Das neue Konzept der Information wurde uns vorgegeben, wo wir ein paar Jahre in Verspätung sind. Wir schauen schon, dass wir die Kosten möglichst niedrig halten können. Dort wurden im letzten Jahr das Gemeindewiesenschulhaus mit Computern ausgerüstet. In diesem Jahr wurde die Ausrüstung für das Rosenbergschulhaus bewilligt. Die Computer sind das eine, Verbrauchsmaterial, Lizenzen etc. sind das andere. Das zu den Kostensteigerungen. Wie es in Zukunft aussehen wird, ist schwierig abzuschätzen. Wenn es vom System her so bleiben würde, dann müsste man davon ausgehen, dass sich die Kosten auf diesen hohen Niveau stabilisieren. Sie wissen aber, z.Zt. ist das Schulgesetz in Revision. Was dieses Gesetz schlussendlich für Auswirkungen hat, kann überhaupt noch nicht gesagt werden. Es gibt dann sog. Schülerpauschalen. Wir hoffen dann natürlich, dass die Schülerpauschalen, die der Kanton bezahlt, möglichst hoch sein werden. Wie es dann wirklich aussehen wird, das kann ich nicht sagen.

ER Jakob Walter (SP)

Ich bin hier vielleicht ein bisschen weniger in eine Organisation eingebunden und kann somit auch frei von der Leber weg etwas sagen. Die Erziehungsdirektorin glaube wenigstens gegen aussen immer noch daran, dass das neue Schulgesetz sich ohne Mehrbelastung für den Kanton realisieren möge und wenn das so ist, dann ist es ganz klar, dass für die Gemeinde enorm hohe Kostensteigerungen anfallen. Es müssten Arbeiten, die die Schulbehörde heute gegen wenig Entgelt macht, von Profis gemacht werden. Dann braucht es pro Schulkreis noch einen Rektor, bei dem niemand weiss, was wirklich seine Aufgaben wären eingeführt etc. etc. etc.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Eine kleine Anmerkung. Nicht das da nun rausgeht. Die Primarlehrer kriegen natürlich nicht 15 % mehr Lohn, sondern das Lohnband wurde entsprechend angepasst, das hat dann zur Folge, dass vielleicht die jüngeren Lehrer mehr bekommen, dabei die meisten Primarlehrer habe da relativ wenig davon gesehen. Einfach dass das klar ist. Es bekommt nicht jeder Primarlehrer 15 % mehr Lohn von einem Tag auf den anderen.



ER Christian Di Ronco (CVP)

*Rechnung 2006, Rechnung, Seite 43, Konto 5 Soziale Wohlfahrt, Konto 5320
Arbeitskostenversicherung, Konto 352.52 Beiträge an Fremde Programme*

Das hat sich ja explosionsartig um 50 % erhöht. Hat man jetzt mehr Personen in diesen Programmen. Im Bericht ist zu entnehmen, dass Impuls Programm wurde teurer, dafür ist das Angebot auf die betreffende Person gezielt zugeschnitten. Das ist ja beinahe eine Luxuslösung. Habe wir deshalb viel mehr Personen in diesen Programmen.

GR Franziska Brenn

Wir haben sehr viel mehr Personen in diesen Programmen, weil wir es konsequent durchziehen und dass wir keine Sozialhilfe bezahlen ohne Gegenleistung. Wir schicken die Leute ins Impuls Programm und es wurde tatsächlich etwas teurer aber längst nicht für alle. Es gibt wie eine "Menukarte". Da kann man auslesen, was auf die betreffende Person zugeschnitten ist. Es gibt Personen, die haben die billigste Variante. Sie ist nicht teurer als vorhin. Dann gibt es aber auch Personen, die benötigen zusätzliche Leistungen z.B. ein spezielles Coaching, wo die Bewerbungen angeschaut werden etc. Es gibt verschiedene Abstufungen. Es gibt auch Personen, die eine Umschulung benötigen. Auch das ist auch in diesen Leistungen enthalten.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Haben sich dann diese Mehrinvestitionen gelohnt?

GR Franziska Brenn

Das kann man jetzt noch nicht sagen. Das können wir dann sagen, wenn wir die Leute wieder im Arbeitsmarkt haben. Es geht schon noch ca. ein Jahr, bis wir eine genaue Analyse machen können. Es wird sich soweit lohnen, dass diese Leute dann wieder in ein Rahmenprogramm kommen, bei der Arbeitslosenkasse um wieder Arbeitslosengeld beziehen zu können.



ER Walter Herrmann (FDP)

Diese Kurse sind ja ausgelagert und qualitativ geprüft. Entwickelt sich da eine neue soziale Industrie? Diese Leute abzuholen, wie früher mal diese Therapiestätten für Drogensüchtige. Wird das immer qualitativ kontrolliert? Noch eine Frage zur "Menukarte". Das tönt gut. Wird da auch geschaut, dass nicht einfach nur Computerkurse gemacht werden und wird das gezielt auf die spätere Eingliederung vergeben?

GR Franziska Brenn

Ja das hoffe ich doch sehr. Das kann ich nicht ganz genau beurteilen, aber sie werden hier sicher enger betreut, als wenn sie beim RAV angemeldet sind. Dort gehen sie einfach in einen Computerkurs und hier ist das eine Firma, die das anbietet. Die schauen natürlich schon auf die Ressourcen der Personen, wo können sie wieder eingegliedert werden. In welchem Arbeitsbereich. Ich kann ein Beispiel nennen. Es gibt sozialtätige Personen, die keine Arbeit mehr hatten. Die können jetzt in der Altra Gruppen leiten und wenn sie sich bewähren, bekommen sie mit der Zeit eine Festanstellung. Man kann diese "Menukarte" bei uns auch mal anschauen, wenn es näher interessiert.

ER Markus Anderegg (FDP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 44, Konto 5402 Kinderkrippen und Konto 5403 Schülerhort

Sie haben der Presse entnommen, dass Überlegungen gemacht werden, dass die Kinderkrippe allenfalls auch von der Gemeinde geführt, übernommen oder integriert werden könnte. Hat sich der Gemeinderat diesbezüglich schon Überlegungen gemacht, ob allenfalls die Zusammenführung der Kinderkrippe mit dem Schülerhort Einsparungen ergeben könnte?



GR Patrick Strasser

Ich finde es schön, dass Du aus der Zeitung entnimmst, dass wir uns diese Überlegungen machen. Es steht nämlich schon in unseren Legislaturzielen. Dort hättest Du es auch das erste Mal lesen können. Die Situation ist aktuell so. Vor zwei Wochen fand die GV des Kinderkrippenvereins statt. Ich habe dort als Delegierter des Gemeinderates den Antrag gestellt, dass die Kinderkrippe eine Studie von Dritten ausarbeiten lässt, welche eine Grundlage für den Entscheid, ob man die Kinderkrippe in den Schülerhort überführen soll oder ob sie selbständig bleiben soll, liefern soll. Mit dieser Überprüfung hätten auch die Strukturen der Krippe, insbesondere auch die Organisation der Strukturen inkl. allfälliger Synergieeffekte überprüft werden sollen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, aus Gründen, die man verstehen kann. Die Kinderkrippe verfügt schlichtweg nicht über so viel Geld, eine solche Studie auszuarbeiten. Der Präsident des Kinderkrippenvereins, der ehemalige Gemeindepräsident von Neuhausen, Hansjörg Wahrenberger, hat zugesichert, dass er diese Auslegeordnung zuerst einmal selbst machen will. Diese sollte bis im Herbst vorliegen und er wird sie uns dann präsentieren. Falls von Seite der Gemeinde die Meinung besteht, dass die Auslegeordnung noch zuwenig Fleisch und Knochen hätte um wirklich zu einem Entscheid zu kommen, kann es sein, dass dann noch eine entsprechende Studie gemacht wird. Natürlich dann auf Kosten der Gemeinde. Es ist klar, eine Überführung ergibt nur dann Sinn, wenn schlussendlich die Nettokosten für die Gemeinde sinken. Das ist vor allem dann möglich, wenn wir Synergieeffekte nutzen können. Ebenfalls unumstritten ist, dass es die Institution Kinderkrippe weiter geben muss. Wie das dann aussieht, das sollte anhand dieser Auslegeordnung entschieden werden.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich möchte nur noch bemerken, dass in den Legislaturzielen sonst noch einiges steht, dass man ab und zu nachfragen kann, ob es verfolgt werden kann.



ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 46, Konto 5700 Alters- und Pflegeheime

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass man die Hälfte der Aufwandsteigerung bei den Alters- und Pflegeheimen hat. Ich vermute, dass der Gemeinderat nicht allzu wenig sparen kann, angesichts dass sich die Leute weigern, jünger zu sterben sondern immer älter werden. Da kann man wahrscheinlich nicht allzu viel machen. Ich würde sogar sagen, dass die Kosten der Sozialen Wohlfahrt in die Höhe steigen und sogar dafür habe ich ein gewisses Verständnis.

ER Walter Herrmann (FDP)

*Rechnung 2006, Rechnung, Seite 53, Konto 5900 Hilfsaktionen im In- und Ausland, Konto 637.00
Beiträge an Institutionen u. Organisat. zu Gunsten des Auslandes*

Mich würde interessieren, wo denn dieses Jahr diese Fr. 17'000.— hingeflossen sind. Es kann ja sein, dass ich auf einer meiner Auslandsreisen dort mal vorbeikomme und sehen möchte, wo das Geld hingeflossen ist.

GR Dino Tamagni

Ich kann mich leider nicht mehr genau daran erinnern. Etwas ging nach Afghanistan, etwas ging nach Meiringen und etwas war noch Rumänien wegen dem Hochwasser. Sonst ist es auch der Presse ersichtlich, wenn wir etwas an Organisationen spenden.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich möchte den Gemeinderat bitten, den Posten jeweils voll auszuschöpfen. Ich kann mich erinnern, dass wir in den Budgetberatung darüber gesprochen haben, dass der Gemeinderat die Fr. 20'000.— auch wirklich voll einsetzt. Sparen ist gut, aber hier war das eigentlich nicht die Idee.



ER Ueli Furrer (ÖBS)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 71, Konto 8620 Gasversorgung/Gaswerk

Es wurde im Eingang gesagt, dass die Besoldungen u.s.w., die ganzen Personaleinsätze unter Arbeitsleistungen Dritter verbucht wurden. Ich bin absolut einverstanden. Zählt man aber die Kosten Konto 301.00 bis 309.09 im Budget zusammen dann komme ich auf Fr. 792'000.—. Schaut man die Arbeitsleistungen Dritter an, dann sind die die mehr als die Hälfte höher. Es wurde also mehr als die Hälfte Arbeitsleistung gemacht. Beim Ertrag wirkt sich das aber nicht aus. Interessant ist auch noch, dass das Verbrauchsmaterial nur ein Viertel so gross ist, wie budgetiert, obwohl mehr gearbeitet wurde. Arbeitsleistungen geplant und effektiv, die gehen wirklich sehr weit auseinander.

GP Stephan Rawyler

Es ist völlig richtig, was ER Ueli Furrer gesagt hat. Wenn man tiefer hineinschaut, dann wird die Klarheit nicht besser, dadurch, dass man immer wieder Rückstellungen macht und diese dann wieder auflöst. Es sind erhebliche Rückstellungen, die beim Aufwand Arbeitsleistungen Dritter gemacht wurden mit Hinblick auf die Unterführung Zollstrasse. Ich verstehe diesen Unmut. Ich kann Ihnen sagen, es fallen jeweils deutliche Worte. Ich bin froh, wenn ein Mitglied der RPK das auch so sieht.

ER Peter Gloor (SP)

Wir sind doch zu Dritt in dieser Kommission und mir geht es ja auch so. Ich bin am längsten dabei. Es ist doch zu sagen, dass jetzt die Verantwortung ganz beim Gemeinderat liegt. Jetzt muss der Gemeinderat einmal bei der Direktion vorsprechen und über diese Situation sprechen. Sie ist unbefriedigend. Ich spreche jetzt vor allem für mich. Es ist nicht so, wie es mal war.



ER Ueli Furrer (ÖBS)

Es könnte ja sein, dass im Revisionsbericht, den der Gemeinderat erwähnt hat steht, dass die Rechnung den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Und es entspricht den Vorgaben Reserven zu bilden, stille Reserven und Rückstellungen. Das entspricht alles den Vorgaben aber wir wollen das wissen.

GR Franz Baumann

Ich möchte die Diskussion nicht verlängern, aber ich möchte hier einfach sagen. Hier ist es nicht transparent dargestellt. Wenn man aber die Rechnung anschaut, dann steht dort, welcher Betrag für Rückstellungen gemacht wird. Dort ist es schon enthalten, aber hier ist es nicht so detailliert. Es ist nicht so, dass irgendwo einfach Rückstellungen gemacht werden und niemand weiss wofür. Es ist aus der Rechnung ersichtlich. Es werden ja zwei Rechnungen gemacht. Die Werke machen nach ihrem System die Rechnung, wie sie immer gemacht wird. Dort ist das genau ausgewiesen. Das wissen die Leute, die in der Kommission sitzen. Mit der Konsolidierung gibt es dann Einzelkosten, die nicht kommentiert sind. Das ist sicher ein Nachteil. Es ist für uns ein Lernprozess, wie wir die Konsolidierung darstellen können, damit auch Sie die Transparenz sehen.

Hans Schärler, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Aus Sicht der RPK ist das Ganze auch nicht befriedigend. Der Baureferent hat es ja bereits angetönt, dass wir uns die Sache genauer anschauen werden. Ich muss jetzt einfach noch eine Bemerkung zu ER Peter Gloor machen. Die Aufsichtskommission kann die Verantwortung nicht einfach an den Gemeinderat abschieben. Du bist genau aus diesem Grund als Verantwortlicher der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall in dieser Kommission gewählt. Es gibt ein Gemeinderat und zwei Einwohnerräte dort. Die Aufsichtskommission hat die Pflichten eines Verwaltungsrates. Und wir wissen alle, dass die Verwaltungsräte nicht einfach dort sitzen können.



ER Christian Di Ronco (CVP)

Rechnung 2006, Rechnung, Seite 73, Konto 900 Gemeindesteuern, Konto 330.00 Erlassene und uneinbringliche Steuern

Es ist lobenswert, dass bei den gestiegenen Steuereinnahmen der Betrag gesenkt werden konnte. Trotzdem soll er nicht vernachlässigt werden. Mich würde interessieren, nach welchen Kriterien Steuererlasse gewährt werden und ab wann sie dann wirklich uneinbringlich sind?

GP Stephan Rawyler

Es gilt immer das Steuergesetz und im Normalfall wird jemand betrieben bis zum Verlustschein. Es gibt aber auch einige Fälle, bei denen jemand nach Ermessen eingeschätzt wurde und dann sieht man später, dass es überhaupt keinen Sinn hat, wenn man betreibt, weil er nämlich in der Zwischenzeit Kunde geworden ist bei GR Franziska Brenn. Dann macht es keinen Sinn mehr. Dann gibt es auch noch die Kriterien, unverschuldet vermögenslos geworden. Beispielsweise schwere Krankheit ist ein klassischer Grund. Es muss jeweils ein Gesuch gestellt werden. Die Kantonale Steuerverwaltung macht einen Antrag, der kommt zu mir und ich prüfe diesen. Bei 90 bis 95 % kann ich problemlos genehmigen, die anderen 5 bis 10 % bin ich nicht einverstanden. Dann schauen wir mit dem Kanton, wer Recht behält. Ob der Erlass stattfindet oder nicht und dann gibt es eine Verfügung, ob es einen Erlass gibt oder nicht. Wir sind eigentlich, im Vergleich, dass kann ich aus meiner früheren Tätigkeit sagen, im Kanton Schaffhausen eher restriktiv. Ich habe als Anwalt Kantone vorgefunden, bei denen ich mich selbst gewundert habe, dass wir einen Steuererlass bekommen haben. Ich muss sagen, das wäre bei uns sicher abgeprallt. Die Beträge sind relativ hoch, aber da sind einige enthalten, die sind rein nach Ermessen. Die wurden veranlagt. Zum Teil wusste man schon, dass es eigentlich gar keinen Sinn macht, aber man ist jedes Jahr noch 10 % hinaufgegangen. Wenn Sie das über ein paar Jahre mache und dann den Betrag en block abschreiben müssen, dann ist das ein recht hoher Betrag. Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich sagen, es wird wirklich ein Nachweis verlangt, dass man kein Geld hat. Jüngst kam ein Fall zu uns: Kein Vermögensstatus. Man hat gesehen, dass noch ein grosses Fahrzeug gefahren wird und es wurde behauptet man hat ein Einkommen Null und könne deshalb keine Steuern bezahlen. Da muss ich sagen, wenn jemand ein grosses Auto fahren kann, dann kann das Einkommen Null sein. Er muss ja von etwas leben. Zumindest die Sozialhilfe muss er haben. Er hatte überhaupt keinen Ausweis. Man hat geschrieben, er sei krank. Kein Arztzeugnis und nichts.



Das ist sicher nicht der Standard. Üblicherweise ist alles sehr gut dokumentiert. Oft auch vom Sozialreferat selbst. Das ist Leute, die bevormundet sind und dann ist es gut dokumentiert.

ER Walter Herrmann (FDP)

Die Frage wurde eigentlich schon beantwortet. Also, der Erlass ist endgültig? Wenn da mal ein reicher Onkel auftaucht, dann wird es nicht nachträglich noch eingezogen?

GP Stephan Rawyler

Es ist so, der Erlass ist endgültig. Wir hatten früher die Tendenz, eher ein Verlustschein zu haben und diesen einmal ruhen zu lassen. Vor allem, wenn wir wussten, dass irgendeinmal eine reiche Mutter oder ein reicher Vater stirbt, dass dann wieder etwas zu holen wäre. Uns hat der Kanton aber gesagt, dass diese Praxis nicht zulässig sei. Wir müssen diese Forderungen abschreiben, auch wenn wir aus den lokalen Kenntnissen wissen, dass in 10 Jahren Geld kommt. Der Verlustschein aus der Betreuung verjährt in dieser Zeit nicht. Und früher war der unverjährbar. Das wurde seitens des Kantons korrigiert. An diese Vorgaben müssen wir uns jetzt einfach halten. Ich kann Ihnen nochmals versichern. Es sind ja zwei Stellen, die Geld wollen. Es sind also zwei Stellen, die das genau anschauen. Der Kanton und auch wir. Es gibt deshalb wenige Fälle, bei denen man nachträglich sagen muss, das hätten wir nicht so machen sollen.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Geschäftsbericht und Jahresrechnungen 2006

Ich habe Fragen zu den Abschreibungen, die gemacht wurden. Hat es einen tieferen Grund, weshalb man sämtliche Abschreibungen bei den Tiefbauten gemacht hat, d.h. im Verkehr und nicht bei den teuren Schulhäusern, die wir gebaut haben? Ist das zufällig oder hat da jemand etwas dabei gedacht?



GP Stephan Rawyler

Wir haben versucht, etwas dabei zu denken. Wir haben einerseits alle Mobilien abgeschrieben, weil man diesen mit 20 % abschreiben kann. Die Mobilien können stärker abgeschrieben werden als die Immobilien. Dann haben wir einen Nachholbedarf im Baubereich Tief- und Hochbau und zwar, weil ich in den vergangenen Jahren darauf erpicht war, das Altersheim Rabenfluh total abzuschreiben. Es war mir zuwider, auf einmal dann beim Abbruch noch Restsummen abschreiben zu müssen. Deshalb habe ich Alexander Moser den Auftrag gegeben, bei den Strassen zurückzuhaltend zu sein. Dort haben wir eigentlich zu wenig abgeschrieben. Jetzt habe ich ihm aber gesagt, dass wir das wieder etwas aufholen müssen. Das war eigentlich der Grund.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich möchte an dieser Stelle noch dem Gemeinderat und der Rechnungsprüfungskommission für diesen ausführlichen Bericht danken.

Anträge:

1. Die Entnahme von Fr. 341'558.78 aus dem Konto Nr. 2280.09, Reserve für Gemeindeentwicklung, wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

2. Die Auflösung von Rückstellungen im Betrag von Fr. 369'691.06 wird zur Kenntnis genommen.

Dieser Antrag wird zur Kenntnis genommen.



3. Die Verwendung des Ertragsüberschusses aus der Laufenden Rechnung von Fr. 4'689'502.40 gemäss dem Zuweisungsvorschlag des Gemeinderates wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

4. Vom Ertragsüberschuss werden Fr. 235'841.40 dem Kapitalausgleichskonto gutgeschrieben.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

5. Der Geschäftsbericht, die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Rechnungen der Spezialfinanzierungen und Fonds für das Jahr 2006 samt den darin enthaltenen Abschreibungen werden genehmigt.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Ziff. 5 dieses Beschlusses untersteht gemäss Art. 14 lit. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 2 Diskussion Interpellation Willi Josel (SVP) betreffend hohe Sozialkosten

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Der Einwohnerrat ist eingetreten. Die Antwort wurde jedem Einwohnerrat schriftlich abgegeben.

Diskussion:

ER Willi Josel (SVP)

Der Einwohnerrat hat an der letzten Sitzung richtig entschieden, indem die Diskussion ausgesetzt wurde. Der Grund ist klar. Wir hatten das gleiche Beispiel vor ca. 1 1/2 Monaten im Kantonsrat. Da hat RR Ursula Hafner einer Interpellation beantwortet. Sie hat ungefähr 20 Minuten gesprochen und hat sich die Mühe genommen, die Sachen auseinanderzunehmen und darzulegen. Dazu ist man ihr zu Dank verpflichtet. Auch dort war die Reaktion der Mitglieder des Rates, wenn so viele Informationen an einem herangetragen werden, dann sollte man den Leuten auch die Möglichkeit geben, darüber nachzudenken. In diesem Sinne habt Ihr also richtig entschieden.

Die Interpellation war wichtig und nötig. GR Franziska Brenn ist ja selber der Meinung, dass man Transparenz herstellen muss. Das wurde mit dieser Interpellation erreicht. Man hat nun viele Sachen zusammengestellt, die ansatzweise bereits besprochen wurden, aber noch nicht in diesem Detail. Es wurde gesagt, dass vieles schon behandelt und besprochen wurde. Wenn das wirklich richtig wäre, dass das alles wiederholt wird, dann hätte das Sozialreferat und die Mitarbeiter nicht so viel Zeit verbraucht, wie es hier steht mit den Artikel um all diese Sachen zusammenzutragen. Da ist einiges Neues dazugekommen und hat aus diesem Grund seine Bedeutung.

Wenn Sie die Anzahl Personen anschauen, 483 Personen, die hier bei den Sozialhilfekosten im Umzug sind, dann sind das 4.85 % der Einwohner, die von der Vorsorge abhängig sind oder von der Fürsorge unterstützt werden. Es wird erwähnt, dass die sog. Working Poor viele Personen ausmachen. Ich habe meinen Lohn von 1971 hervorgehoben und habe dann auf einem Rechner des statistischen Bundesamtes umgerechnet, was ich heute verdienen würde. Das ergibt rd. Fr. 3'650.— für eine Familie mit damals einem Kind. Wir haben es auch geschafft. Es ist damals



auch gegangen. Die Ansprüche waren halt auch anders als heute. Heute muss man meistens alles haben und besitzen u.s.w. Da sehe ich keinen Grund, dafür die Sozialhilfe herbeizuziehen. 280 sind im Arbeitsalter. Arbeiten teilweise oder zeitweise. 60 % aller Unterstützten sind ohne Ausbildung. Auch hier hat die Interpellation etwas gebracht. Was aber hier steht auf der Seite 1 b: Oft sind schlechte Deutschkenntnisse älterer Personen die Ursache bzw. eine Mitursache sind, nebst der schlechten Qualifikation. Wenn das ältere Personen sind, dann sind sie schon länger hier, haben schlechte Deutschkenntnisse, stammen aus Ländern, in denen andere Einkommensverhältnisse herrschen. Da stellt sich dann tatsächlich die Frage, wenn diese Personen länger von der Sozialhilfe profitieren, ob man nicht vermehrt diesem Bundesgerichtsentscheid folgen sollte, den ich erwähnt habe, dass man diese Leute am besten dorthin zurückbringt, wo sie mit ihrem Einkommen besser leben können. Es ist übrigens in den letzten Tagen ein neuer Entscheid gefallen. Da hat man jemanden ausgewiesen, der grosse Schulden gehabt hat. In Holland ist es heute so, dass wenn jemand in das Land einreisen will, dann muss er die entsprechenden Sprachkenntnisse bereits mitbringen. Man muss für die Integration etwas tun. Es ist eine Bringschuld. Was wichtig ist, das sind die Ausbildungen. Wir müssen Ausbildungen fördern aber wir müssen sie auch fordern. Ich rede von Ausbildungen, bei denen es mir um Wissen und Fähigkeiten geht. Da ist die Schule gefragt. Wir müssen fordern, das Streben nach Ausbildung. Was wichtig ist, es müssen auch die sozialen Tugenden, nämlich Anstand, Pünktlichkeit, Arbeitswille gelehrt und geschult werden und kontrolliert werden. Das kommt heute nämlich viel zu kurz. Ich habe ein Beispiel von Horgen. Dort werden die Verhaltensnoten nicht mehr so einfach hingeschrieben sondern genau schreibt, wie sich jemand in der Schule verhält und nimmt alle Schuleingänger zusammen und erklärt den Eltern genau, was es für Folgen hat für später bei einem Arbeitsplatz, wenn man diese schlechten Noten dann mit sich herumträgt.

Auf der Seite 2 der Antwort ist die Rede von 184 Fällen, die auf die IV angewiesen sind. Es ist wichtig, dass die IV erst nach einem Jahr eine Rente erbringen kann. Sie kann vorher Leistungen schon erbringen. Diese Leute warten auf die IV. Wenn ich jetzt einen Link mache auf die Seite 49 in der Rechnung, Sozialhilfe Allgemein, dann freut mich das, weil dort nämlich gute Ansätze vorhanden sind, die man hier machen will. Es geht um Leistungsaufträge, es heisst: Sofern notwendig werden die Leute einem Coaching zugewiesen mit dem Ziel Ihre Vermittlungstätigkeit zu verbessern. Es kommt vor, dass Personen über Jahre hinweg krank geschrieben sind, Sozialhilfe beziehen und das IV Rentengesuch abgelehnt wird. Man nähert sich jetzt im Gemeinderat an, was mit der 5. IV Revision bewirkt werden soll. Die Leute muss man nicht erst zur Wiedereingliederung bringen, sondern dass man sie so weit bringt, dass sie gar keine



Wiedereingliederung benötigen. Dass sie eben nicht Invalide werden. Das Vorgehen mit dem IIZ (Interinstitutionelle Zusammenarbeit) finde ich gut. Es wurde aber in der Antwort gesagt, dass GR Franziska Brenn wegen der IV Revision befürchtet, dass die Kosten ansteigen. Diese Ansicht teile ich natürlich nicht. Im Grundsatz ist es so, dass Invalide weniger Beiträge an IV und UVG etc. bezahlen und benötigen eher Ergänzungsleistungen, sind eher abhängig von Sozialhilfe. Hingegen die Wiedereingegliederten oder wenn es gar nicht so weit kommt, dass sie ihre Behinderung ausleben, weil man sie nämlich umschult, erhalten eine höhere Rente, brauchen seltener Sozialhilfe, bezahlen IV und AHV Beiträge, also unterstützen sogar die Sozialeinrichtungen und nehmen schlussendlich am wirtschaftlichen Wertschöpfungspotential teil und sich selbst zu erhalten, steigert das eigene Wohlbefinden und ist psychisch nicht so belastbar.

Ich komme nochmals auf die Seite 49 zurück. Invalide über Jahre krank abgeschrieben, dann keine IV Rente. Ja, warum bekommen dann diese Personen, wenn sie so krank sind, keine IV Rente. Das kann zwei Gründe haben. Der eine Grund ist, dass die Invalidität so gering ist, dass sie nicht für eine Viertelsrente ausreicht. Das würde bedeuten, dass die Einschränkung relativ gering ist und dass diese Leute arbeiten können/müssten, denn sonst wären sie über den Prozentsatz, der die Viertelsrente ergeben würde. Das andere ist, es wird doch niemand behaupten wollen, dass die IV ein Roulette ist. Wenn die Kugel auf die eine Zahl fällt, dann kriegt man etwas und wenn sie auf die andere Zahl fällt, dann gibt es nichts. Hier gibt es klare Regelungen in der IV, wer eine IV zugesprochen erhält. Jetzt muss man mir noch sagen, wenn diese Personen nach Ablauf eines Einspacheverfahrens und weiter, keine IV Rente bekommen, wieso sind sie dann krank? Dann kann ja hier etwas nicht stimmen. Das heisst, diese Leute sind nur anscheinend oder zum Schein Invalide. Was mir hier auffällt, dass es hier heisst, diese Leute bekommen keine IV aufgrund von den Bestimmungen aber wir haben ärztliche Bestimmungen, die dann sagen, der Mann oder die Frau ist krank. Das muss ja ein Widerspruch sein. Es kriegt keiner keine IV Rente aber er soll nach ärztlicher Untersuchungen krank sein. Das kann nicht sein.

Was der Gemeinderat hier schreibt, geht meines Erachtens in die richtige Richtung. Das finde ich gut und bin auch damit einverstanden. Ich bin einverstanden mit dem Gemeinderat auf Seite 2, wo steht, die Integrationsbemühungen werden kontrolliert. Da frage ich mich, wie das geht?

Bei der Frage a wäre ich froh, wenn man diese Ergebnisse mal gelegentlich sieht, das sog. Peer Review. Da braucht es keine Interpellation. Was weiter zu sehen ist, die Kürzungen, die vorgenommen werden, wenn jemand nicht mitmacht. Das finde ich gut und ist richtig. Dann heisst es auch noch, wieviele Personen absolvieren die Programme vollständig. Dann heisst es dort:



Schwer Integrierbare. Dann möchte ich nur darauf hinweisen, dass bei einer allfälligen Einbürgerung sich der Gemeinderat dieser Tatsachen bewusst ist, dass man dann dort bei der einfachen Einbürgerung etwas genauer hinsieht. Seite 3 gefällt mir ausgezeichnet. Das hat der Gemeinderat gut gemacht, dass der erzielbare Lohn anzurechnen ist. Wenn einer nicht arbeiten will, dann kann man ihm sagen, soviel könntest du verdienen und dann zieht man ihm das ab.

Seite 4 a da habe ich mir geschrieben, ist auch i.O.

Ich bin grundsätzlich mit der gesamten Antwort zufrieden. Man hat sich sehr viel Mühe gegeben. Ich möchte dem Gemeinderat und dem Personal danken, dass sie das so zusammengestellt haben.

Ein kleiner Fehler scheint sich hier auf Seite 4 b eingeschlichen haben. Da steht, dass die Schwarzarbeit geprüft werden könnte, wenn man die AHV Beiträge erheben könnte. Das ist nicht der Fall, denn wenn Schwarzarbeit stattfindet, dann gibt es keine AHV.

Noch zu den gesamten Kosten. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs wird eine Entlastung bringen. Für die Heime werden 25 % Beiträge des Kantons geliefert. Der Kanton bezahlt die Eingliederung für Invalide voll. Die Gemeindebeiträge an die IV entfallen für uns als Gemeinde vollständig. Ein wichtiger Punkt scheint mir auch, dass der Kanton nachher sämtliche Ergänzungsleistungen bezahlen wird. Ich bin zuversichtlich, dass zumindest die Kosten der Gemeinde sinken werden

GR Franziska Brenn

Ich denke, es macht keinen Sinn, wenn ich jetzt nochmals auf jeden Punkt detailliert eingehe. Wir haben uns schon sehr intensiv mit dieser Materie auseinandergesetzt und haben vorgängig schon diskutiert. Noch einige Bemerkungen. Der Bundesgerichtsentscheid wird bei uns genauso angewendet wie im Kanton St. Gallen. Es ist aber Kantonales Recht und nicht Gemeinderecht. Ich kann es nochmals betonen, dass die Sozialhilfeempfänger der Einwohnerkontrolle gemeldet werden. Wenn sie wieder eine C Bewilligung wollen, dann steht das in ihrem Ausweis. Es gibt eine ganz genaue Regel, dass sie nicht mehr als Fr. 100'000.— Sozialhilfe beziehen, sonst könnten sie ausgewiesen werden. Wenn Du das Kantonale Recht ändern möchtest, dann musst Du das im Kantonsrat plazieren. Wir hier von der Gemeinde tun das möglichste. Mehr können wir nicht tun.



Betreffend den Einbürgerungen. Personen, die Sozialhilfe beziehen, haben gar keine Chance eingebürgert zu werden. Sie müssen ausweisen, dass sie die Steuern regelmässig bezahlen. Betreffend der Kontrolle der Integrationsbemühungen. Da findet ein regelmässiger Kontakt mit dem RAV Berater statt. Der kann auch bestätigen, ob die Person an den Programmen teilnimmt oder ob diese Person regelmässig zu den Gesprächen erscheint. Muss sie auch, denn sonst erhält sie Sperrtage. Wenn sie Sperrtage hat, dann bekommt die Person weniger als das vorgeschriebene Existenzminimum. Im allgemeinen möchte ich schon noch sagen, dass die Sozialhilfe, wenn Du es mit Deinen Fr. 3'600.— vergleichst, ein hoher Betrag ist, aber damals musstest Du noch nicht so viel Krankenkasse bezahlen, denn diese Kosten sind ja auch in den Sozialhilfekosten integriert. Eine Einzelperson hat Fr. 960.— zur Verfügung im Monat und muss davon den ganzen Warenkorb bezahlen. In einer Familie geht es dann relativ schnell bergab. Eine 3-köpfige Familie hat Fr. 1'600.— für den ganzen Haushalt. Da macht man keine grossen Sprünge. Da muss ich ehrlich sagen, dass mir in diesem Bereich die Kinder am meisten Sorgen machen. Die gehören auch zu diesen 483 Personen, weil sie die Leidtragenden sind. Eine Geburtstagparty liegt kaum drinnen. Vielleicht ein Klassenlager. Wenn sie dann aber Bergschuhe kaufen müssen, dann wird es schon ein Problem. Sie müssen sich jeden Monat wieder ausweisen. Das ist nicht wie eine IV Rente, die dann monatlich kommt. Da wird jeder Monat wieder von Neuem kontrolliert. Das ist zermürend und wir bestehen darauf, dass das kein Einkommen ist, sondern eine Überbrückung für Menschen, die in einer Notsituation sind. Von den Menschen, die in einer Notsituation sind, halten sich 90 % an die Regeln. Sie sind anständig, weisen sich aus, machen aktiv mit, sind froh, wenn wir sie dem Beschäftigungsprogramm zuweisen und es gibt, wie in allen Bereichen Menschen, die man mehr kontrollieren muss. In diesen Fällen gehen wir sehr genau nach mit allen Mitteln.

Die Diskussion um die IV ist jetzt am Laufen. Die Argumente, die Du erwähnt hat, unterstütze ich voll und ganz. Da bin ich genau Deiner Meinung. Ich bin überzeugt, jeder Mensch soll im Arbeitsprozess bleiben. Jeder braucht eine Chance für eine Umschulung. Die Frage ist nur, wer diese Sache am Schluss dann finanziert. Meiner Meinung nach, ist die Finanzierung jetzt einseitig gelöst.

ER Willi Josel (SVP)

Ich erwarte jetzt nicht eine vollkommen umfassende Antwort von Dir. Eine Antwort würde mich wirklich interessieren, weshalb jemand bei der IV keine Krankheit in diesem Ausmass hat und



gleichzeitig gibt es Ärzte, die dann bestätigen, dieser Mann ist krank und wir bezahlen dann. Das geht für mich nicht auf.

GR Franziska Brenn

Da gebe ich Dir noch kurz eine Antwort. Wir laden oft auf Ärzte und Psychiater ein um zusammensitzen und abzuklären, was diese Person noch leisten kann und was nicht. Wir bezahlen das nicht einfach so. Wir führen Gespräche mit den Ärzten, wieviel Prozente diese Person noch leistungsfähig ist. Was die IV Renten anbelangt. Dort kommt natürlich sehr viel Druck vom Bund aus. Sie dürfen so und so viele weniger Renten sprechen. Teilweise sind sie sicher berechtigt und teilweise leiden dann auch die falschen Personen unter diesem Druck.

ER August Hafner (SP)

Ich habe nur noch eine Bemerkung zu ER Willi Josel. Er hat uns nun die positiven Seiten der 5. IV Revision dargestellt. Der Grundsatz Eingliederung statt Rente. Das wir sicher jedermann befürworten. Der Wermutstropfen der ganzen Vorlage ist natürlich nicht erwähnt. Es werden Renten wegfallen und zwar in Kreisen, die auf dieses Geld angewiesen sind, vorallem die Ehepaarrenten. Das ist meine Überzeugung und auch die von anderen, dass das wieder eine neue Kundschaft generieren wird für die Sozialämter, so dass dann da wieder mit einer Steigerung der Sozialkosten zu rechnen ist. Vielleicht hören wir das dann, wenn die SVP in zwei Jahren wieder fragen wird, warum diese Ausgaben trotzdem weiter angestiegen sind.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Teilrevision der Verordnung für die Gemeindebeihilfe für Bezüger einer Kant. Ergänzungsleistung zur AHV- oder IV-Rente

GR Franziska Brenn

Es geht hier vor allem um die Anpassung ans Partnerschaftsgesetz, das am 1. Januar 2007 in Kraft trat. Materielle Änderungen sind nicht enthalten.

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Im Namen der SP Fraktion kann ich hier bekannt geben, dass wir auf diese Vorlage eintreten werden und der beantragten Revision dieser Verordnung auch zustimmen werden. Es scheint uns richtig zu sein, diese Anpassungen an das Partnerschaftsgesetz vorzunehmen. Bei der Gelegenheit, als wir diese Verordnung wieder einmal in der Hand hatten, ist auch die Frage aufgetaucht, ob bei Ziffer 2, wo die Bezugsberechtigung geregelt ist, nicht eine allzu engherzige Regelung in der Verordnung drinnen steht. Es hat zwar nicht direkt etwas mit dem Partnerschaftsgesetz zu tun, aber doch, wenn man schon am revidieren ist, haben wir uns gesagt, soll man auch das überprüfen. Da geht es um die Wartefrist. Die sind 10 Jahre für Schweizerinnen und Schweizer und 20 Jahre für Ausländerinnen und Ausländer. Diese Fristen erschienen uns als zu lange, wenn man auf den Zweck der Fristen schaut. Es geht darum, den Sozialtourismus zu verhindern. Neuhausen am Rheinfall hat hier eine fortschrittliche Regelung gegenüber vielen Landgemeinden, die solche Beihilfen nicht kennen und wir verstehen natürlich, dass nicht wegen solchen Almosen noch zusätzliche Touristen angelockt werden. Wir haben dann, die Frage, ob wir hier einen Antrag stellen sollen, diese Fristen zu verkürzen, davon abhängig gemacht, welche Regelung die Stadt Schaffhausen kennt und zu unserem Erstaunen sind dort die Fristen ebenso lang wie bei uns. Unverhältnismässig lange. Uns ist es aber unter dem Strich wichtiger, dass wir eine mit Schaffhausen vergleichbare Regelung haben und die ist sonst in allen Punkten vergleichbar auch was die Höhe der Zuschüsse anbelangt und darum stellen wir jetzt keinen Antrag um Ziffer 2 zu ändern, auch wenn uns diese Regelung an sich stört.

ER Patrick Waibel (SVP)

Die SVP Fraktion wird diesem Antrag zustimmen und darauf eintreten.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat die Teilrevision durchgelesen und wird zustimmen.

ER Felix Tenger (FDP)

Auch die FDP stellt sich hinter diese Revision. Es geht nur um entsprechende Anpassungen an die Gesetzgebung. Wir werden dieser Änderung zustimmen.

Antrag:

Der Teilrevision der Verordnung für die Gemeindebeihilfe für Bezüger einer Kant. Ergänzungsleistung zur AHV- oder IV-Rente wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Abwassergebühr

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wünscht der Gemeinderat das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der Einwohnerrat eine Diskussion? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt von diesem Bericht Kenntnis.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 5 Beantwortung Interpellation Walter Herrmann (FDP) betreffend "Was geschieht auf der Bauparzelle 334 und wie wird die Schutzwürdigkeit des Naturschutzgebietes Galgenbuck bei einer allfälligen Überbauung mit berücksichtigt?"

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wünscht der Interpellant das Wort?

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich warte zuerst die Antwort ab.

GP Stephan Rawyler

Das Naturschutzobjekt Galgenbuck sehen Sie hier auf der Folie schwarz eingekreist. Es hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die Erhaltung des offenbar wertvollen Magerwiesenbestandes bei gleichzeitiger Nutzung als Erholungsgebietes. Es hat dort eine Spielwiese. Es gibt verschiedene Bänke und eine Anlage, wo Würste gebraten werden können und Ziel ist auch die Verbesserung des ökologischen Haushaltes durch Vernetzung mit einer Hecke des Naturschutzobjektes mit dem Engewald. Es sind einige Grundstücke in diesem Gebiet enthalten. Die Grundstücke 338 und 340 gehören beide dem Kanton. Grundstück 1960 gehört der Gemeinde. Das Grundstück 334 gehört dem EKS. Wir sind bereits seit ungefähr einem guten Jahr in Verhandlung mit dem EKS, dass sie dieses Grundstück zu einem guten Preis für die Gemeinde an uns abtreten. Es geht darum, dass man den Aussichtspunkt Galgenbuck hier definitiv sichern kann für die Nachwelt und auch für uns und wir hoffen, dies mit dem EKS zu erreichen. Die Gespräche sind auf gutem Wege. In diesem Bereich gibt es auch einen Quartierplan, der zum Zweck hat, die Aussichtsmöglichkeit ungeschmälert zu erhalten. Die Firsthöhe der Gebäude wurde auf eine Höhe von 4.91 Meter und 4.95 Meter über Meer beschränkt. Um diesen schwarzen Bereich herum darf man nur zwischen 4.91 Meter und 4.95 Meter Höhe bauen. Der Galgenbuck selber hat eine Höhe von 500 Meter über Meer. Nun hat man – aus mir nicht bekannten Gründen – dieser Quartierplan stammt aus dem



Jahre 1979, das Grundstück 334 nicht miteinbezogen und deshalb verstehe ich den Interpellanten, dass er hier gefragt hat, was passiert hier.

Frage 1:

Ist es gemäss Baugesetz möglich, höher zu bauen als die bereits bestehenden Dachgiebelhöhen der Nachbarliegenschaften?

Man könnte heute auf Bauparzelle 334 eine Baute mit zwei Vollgeschossen machen plus ein Dachgeschoss. Ein solches Gebäude mit einem Satteldach würde das Nachhaus um etwa 4 Meter überragen.

Frage 2:

Ist es möglich, notwendige Grenzabstandsmassnahmen zu treffen, dass die Silhouette dieses schützenswerten Landschaftsbildes von der Hohfluh, dem nördlichen Waldrand, dem Galgenbuck sowie von der Klettgauerstrasse her durch eine solche Baute, der Gartengestaltung und deren Einzäunung nicht beeinträchtigt wird?

Wir beabsichtigen mindestens 1.100 Quadratmeter in den Quartierplan einzubeziehen, so dass nicht mehr zwei Vollgeschosse möglich sind sondern nur noch ein Vollgeschoss plus Satteldach. Möglicherweise wird man dann die anderen Flächen noch anschauen müssen, dass man diese auch noch einbezieht. Es sind aber momentan keine konkreten Bauabsichten vorhanden. Wir hätten die baurechtlichen Instrumente um sofort handeln zu können, falls wider Erwarten ein Baugesuch bei uns eintreffen würde.

Frage 3:

Gibt es generelle Auflagen für die Einbindung und Gestaltung eines Bauwerks im besagten exponierten Gebiet?

Es gibt einen Ästhetikartikel im Baugesetz und wir erwähnen diesen in jeder Baubewilligung. Es geht ums Material wie auch um die Farbe. Die gesamte Gestaltung ist jeweils Teil der Baubewilligung und entsprechend auch bewilligungspflichtig und deshalb können wir auf die eingegebene Gestaltung tatsächlich Einfluss nehmen.

Frage 4:

Haben Natur- und Heimatschutz ein Mitspracherecht bei der Gestaltung einer Überbauung und der Wahl der Baumaterialien?

Natur- und Heimatschutzverband haben kein Mitspracherecht bei der Festlegung der Gestaltung der Wahl der Baumaterialien. Sie können aber im Baubewilligungsverfahren einen baurechtlichen Entscheid verlangen und nachher sind sie natürlich Teil des baurechtlichen Verfahrens und können eine allfällige Baubewilligung anfechten.

Dies wäre die Beantwortung des Gemeinderates.

ER Walter Herrmann (FDP)

Vielen Dank. Das war eben die Befürchtung. Ich bin zuerst selber darauf gestossen, als farbige Pflöcke neben den Grenzstein standen, als ich mit dem Hund spazieren ging. Es war eine Hecke weg. Ich dachte mir, das wäre schon eine schöne Wohnlage dort oben, aber sie würde die Nachwelt und auch uns etwas stören. Einerseits ist es Bauland und wir wollen eine Baute nicht unbedingt verhindern. Aber wenn Sie tatsächlich so viel Einfluss nehmen können und Sie dieses Grundstück wirklich einbeziehen können in die Bauzone, dann sieht das Ganze schon anders aus. Das Haus Reiner ist noch versteckt. Das ist das oberste Haus und alle sind unterhalb der Kante. Warum habe ich das wegen dem Zaun noch hineingeschrieben und die Wahl der Baumaterialien? Wenn Sie über den Galgenbuck laufen, dann werden Sie sehen, dass dort am ehemaligen Haus vom Staatsanwalt auf der rechten Seite ein OBI-Baumarkt psyidomässiger englischer Zaun steht. Weiss gemalt. Das ist wirklich eine Verschandelung dieser Sache. Die jungen Menschen feiern auf dem Galgenbuck oft kleinere Feste, die nicht sehr leise sind, dann könnte man ja annehmen, dass dort der Besitzer einen zwei Meter hohen Schutzzaun aus imprägniertem Föhrenholz hinstellt, dann wäre das auch Verschandlung. Aber wenn man tatsächlich so weit Einfluss nehmen kann, dass dort nicht irgendjemand eine Fantasiebaute hinstellt, dann bin ich mit der Beantwortung zufrieden. Vielen Dank.

Es wird keine Diskussion gewünscht.

Das Geschäft ist erledigt.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir haben hier noch von der Gemeindegärtnerei einen wunderschönen Blumenstraus und ich möchte diesen Strauss Frau Gemeindeschreiberin Olinda Valentinuzzi überreichen. Wir sind alle sehr froh, dass Sie wieder bei uns ist. Wir sehen uns wieder am 5. Juli 2007 Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Rolf Forster
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin